

# Wohlstand für Junge:

Wie der ordnungspolitische Neustart des Landes gelingen kann

*Aber es ist auch noch nicht zu spät. Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.*

*Wir müssen Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen.*

*Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen.*

Bundespräsident Roman Herzog

Berlin, Hotel Adlon, 26. April 1997

Gutachten im Auftrag von  
DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.  
veröffentlicht am 11. Februar 2025

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	II
1 Die deutsche Wirtschaftspolitik aus der Perspektive von 25-jährigen Bürgern .....	1
1.1 Ordnungspolitik und angewandte Nachhaltigkeit.....	1
1.2 Ordnungsvertrauen, Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates und Dynamik der Wirtschaft 4	
1.3 Gang der Untersuchung.....	6
2 Diagnose des Standortes Deutschland: das Thermometer der Emigration .....	7
2.1 Zusammenhang zwischen physischer und innerer Emigration .....	7
2.2 Erste Fiebermessung mit dem Emigrations-Thermometer.....	8
2.3 Dimensionen des Physische-Emigrations-Thermometers.....	12
2.4 Dimensionen des Innere-Emigrations-Thermometers .....	19
3 Therapie des Standortes Deutschland: Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates und Dynamik der Wirtschaft.....	21
3.1 Vertrauensneustart und -akkumulation in der Staats- und Wirtschaftsordnung .....	21
3.2 Vertrauensbildende Ordnungspolitik als langfristig ausgerichtete Angebotspolitik .....	24
3.3 Verbesserungen im Preis-Leistungs-Verhältnis des deutschen Staates.....	26
3.4 Dynamisierung der deutschen Wirtschaft .....	32
3.4.1 Neue Arbeitskultur .....	32
3.4.2 Neue Kapitalmarktkultur.....	36
3.4.3 Neue Innovationskultur.....	41
4 Fazit.....	47
Literaturverzeichnis.....	50

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ordnungsökonomisches Stimmungsbild der 18- bis 25-Jährigen in Deutschland.....	8
Abbildung 2: Bereitschaft für eine berufliche Zukunft im Ausland .....	9
Abbildung 3: Faktoren für eine berufliche Zukunft im Ausland .....	10
Abbildung 4: Konkreten Pläne für berufliche Zukunft im Ausland.....	11
Abbildung 5: Hinderungsgründe für eine berufliche Zukunft im Ausland .....	11
Abbildung 6: Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland.....	13
Abbildung 7: Fortzüge deutscher Staatsbürger von Deutschland ins Ausland.....	13
Abbildung 8: Fortzüge nicht-deutscher Staatsbürger von Deutschland ins Ausland .....	14
Abbildung 9: Nettozuwanderung nach Altersjahren.....	14
Abbildung 10: Zielländer der Fortzüge von Deutschen.....	15
Abbildung 11: Wanderungssaldo Deutschlands mit Polen/Rumänien/Bulgarien 1991–2023 .....	16
Abbildung 12: Abwanderungsabsichten nach Alter.....	17
Abbildung 13: Abwanderungsabsichten nach Bildungsstand.....	17
Abbildung 14: Abwanderungsabsichten nach Migrationshintergrund.....	18
Abbildung 15: Beunruhigung vs. Zuversicht durch die aktuellen Verhältnisse in Deutschland ....	20
Abbildung 16: Anzahl durchschnittlich geleisteter Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 2023 .....	33
Abbildung 17: Entwicklung der deutschen Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen 1991–2023 ...	34
Abbildung 18: Medianvermögen pro Kopf in ausgewählten Ländern 2017 .....	37
Abbildung 19: Relative Bedeutung einzelner Standortfaktoren 2023.....	39
Abbildung 20: Beiträge zum Produktionspotenzial in Deutschland 2010–2028 .....	41
Abbildung 21: Anteile von Technologietypen an F&E-Ausgaben in ausgewählten Regionen .....	42
Abbildung 22: Verschiebung sektoraler Innovationsbedeutung in ausgewählten Regionen .....	43
Abbildung 23: Wahrgenommene Gründungshemmnisse nach Personengruppen .....	45
Abbildung 24: Anteil der Gründer an der erwerbstätigen Bevölkerung 2004–2022.....	46

# 1 Die deutsche Wirtschaftspolitik aus der Perspektive von 25-jährigen Bürgern

## 1.1 Ordnungspolitik und angewandte Nachhaltigkeit

Die vorliegende Studie blickt auf die deutsche Wirtschaftspolitik durch die Brille der Ordnungsökonomik, der Tradition also, aus der ab den 1940er Jahren die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik hervorging (Müller-Armack 1947; Erhard 1957). Das ordnungsökonomische Denken nahm in den 1930er Jahren Gestalt an, in einer Zeit also, die in ihrer nationalen und internationalen Fragilität zunehmend an unsere eigene Zeit erinnert (Goldschmidt/Kolev 2023). Das polit-ökonomische Herzstück der Ordnungsökonomik, die Ordnungspolitik, fokussiert auf die langfristige Gestaltung der Rahmenbedingungen (Spielregeln) in Wirtschaft und Gesellschaft, um den Bürgern mit ihren Tauschprozessen (Spielzüge) eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung zu ermöglichen (Eucken 1952, 372–374).

Das Narrativ der Ordnungspolitik ist in den letzten Jahrzehnten aus den unterschiedlichsten Perspektiven erzählt worden: des Unternehmers, des Verbrauchers, des demokratischen Politikers oder des Bürokraten. Wenn man dabei in das Papier von Otto Graf Lambsdorff „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ vom September 1982, in die „Ruck-Rede“ von Bundespräsident Roman Herzog vom April 1997, die Dokumente der „Agenda 2010“ ab März 2003 oder in das „Wirtschaftswende-Papier“ von Christian Lindner vom Oktober 2024 blickt, stellt man vor allem eins fest: Es gibt wohl *kein Erkenntnisproblem* zu der Frage, wie die benötigten ordnungspolitischen Maßnahmen auszusehen haben, damit ein krisengeschütteltes Land seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückerlangt. Und doch bezeugen die fast wortgleichen Formulierungen in diesen drei Dokumenten, dass es *sehr wahrscheinlich ein Vermittlungsproblem* gibt, um solche Inhalte in der Wirtschaftspolitik des Landes dauerhaft zu verankern.

Deshalb wählt diese Studie eine neuartige Perspektive der Vermittlung von Ordnungspolitik, und zwar explizit für den laufenden Bundestagswahlkampf und die bevorstehende Legislaturperiode. Im Fokus steht ein 25-jähriger Bürger der Bundesrepublik – nennen wir ihn Tomasz. Seine heutige Wahrnehmung des Landes und seine Erwartungen an dessen Entwicklungspotenzial werden in den Mittelpunkt gerückt. Gerade weil das ein neuartiger Zugang ist, ist er begründungsbedürftig.

Dass die Ordnungspolitik auf die *langfristige* Gestaltung der Rahmenbedingungen fokussiert, bedeutet, dass eine so verstandene Wirtschaftspolitik die praktische Übersetzung eines zentralen Begriffes unserer Zeit anstrebt: *Nachhaltigkeit*. Dieser Begriff wird heutzutage oft auf seine ökologische Dimension reduziert, was jedoch seinen historischen Wurzeln nicht gerecht wird.

Richtig verstanden, erhebt nachhaltiges Denken den mehrdimensionalen Anspruch, die lange Frist in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft gleichermaßen zu betonen (Fücks 2013; Kolev 2021). Eine so verstandene Nachhaltigkeit ist Ausdruck von intertemporaler Vernunft, denn sie balanciert kurzfristige Bedürfnisse mit langfristigen Interessen, die Interessen der Jungen, der Älteren und der kommenden Generationen.

Im Sinne eines so verstandenen Nachhaltigkeitsbegriffes bezeichnen wir die hier gewählte Perspektive des 25-jährigen Tomasz als *angewandte Nachhaltigkeit*. Der Grund: Von diesem Menschen hängt die Zukunft des Landes entlang all der oben genannten Nachhaltigkeitsdimensionen ab. Damit sind seine Beiträge zum ökonomischen Wohlstand, zur ökologischen Transformation sowie zur Kohäsion der Zivilgesellschaft und der Demokratie gemeint. Ohne die Innovationen dieses Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft, ohne dessen politisches und soziales Engagement sowie Kinderwunsch ist nachhaltiger Wohlstand hierzulande kaum vorstellbar.

Wie bei Ökonomen nicht unüblich, stellen wir uns in unserem Narrativ den 25-Jährigen beim Abwägen von Grenzkategorien vor, etwa des Grenznutzens und der Grenzkosten von gesellschaftlichem Engagement, des Rückzugs aus Wirtschaft und Gesellschaft (innere Emigration) oder des Auswanderns (physische Emigration). Es geht also nicht nur um abstrakte mikroökonomische Grenzkalküle, sondern auch um den Grenzübertritt im üblichen Sinne. Tomasz, der uns als veranschaulichendes Beispiel dienen soll, könnte in Leipzig in einer Familie von polnischen Zuwanderern geboren worden sein, lebt in Leipzig und wägt immer mehr Grenznutzen und -kosten ab, ob er seine Zukunft in Deutschland oder im Ausland – dabei vor allem in der Heimat seiner Eltern – aufbauen soll. Wie wir darlegen werden, ist das Nachdenken über mögliche physische oder innere Emigration gerade bei jüngeren Bürgern inzwischen zu einem relevanten Phänomen geworden. Wenn sich Tomasz zugunsten des Auswanderns oder für die innere Emigration entscheidet, bricht der oben umrissene nachhaltige Wohlstand entlang aller Dimensionen zusammen. Und wenn man eine Weile über diese Entscheidung von Tomasz und dessen Abwägungen von Grenzkategorien nachdenkt, gelangt man zur *zentralen Hypothese* dieser Studie:

*Entscheidungen guter Wirtschaftspolitik im Sinne des nachhaltigen Wohlstands ordnen die langfristigen Rahmenbedingungen so, dass die Wahrscheinlichkeit für die physische oder innere Emigration junger Menschen sinkt.*

Drei möglichen Kritiken wollen wir gleich zu Beginn entgegentreten.

- Erstens meinen wir mit Emigration, wie bereits angedeutet, *nicht nur das physische Auswandern* aus Deutschland, sondern auch das, was wir *innere Emigration* nennen. Das zeigt sich z.B. im Rückzug aus der aktiven Teilhabe an Wirtschaft und Gesellschaft, also etwa an einem geschrumpften Interesse und Engagement à la „Dienst nach Vorschrift“, an zunehmendem Frust mit der eigenen Situation und der allgemeinen Lage. All das kann zu Resignation und zur Wahl extremer Parteien führen – und lässt sich damit vor allem durch das erschütterte Vertrauen in die Ordnung systematisieren.
- Zweitens meinen wir mit dem umrissenen Problem *kein urbanes Elitenphänomen von Universitätsabsolventen*. Vielmehr geht es uns um Absolventen jeglicher Bildungswege im Sinne von „Meister oder Master“, also auch um die mögliche Entscheidung eines 25-jährigen Handwerkers, den wir zur Veranschaulichung Eric nennen wollen und der mit Tomasz befreundet sein könnte. Auch Eric könnte in physische oder innere Emigration abgleiten.
- Drittens bedeutet „Wohlstand für Junge“ *kein Ausspielen von Jung gegen Alt*. Vielmehr haben ältere Mitbürger ein existenzielles wirtschaftliches, persönliches und familiäres Interesse daran, dass weder Tomasz noch Eric auswandert. Sonst verliert das umlagefinanzierte Rentensystem nicht nur seine sowieso schon weniger werdenden Beitragszahler, sondern auch Produktivitätssteigerungen durch künftige Innovationen und damit jegliche Aussicht auf nachhaltige Rentensteigerungen. Außerdem haben ältere Mitbürger im familiären Sinne keinerlei Interesse daran, dass ihre Kinder und Enkelkinder ihre Lebenspläne weit weg entfernt zu realisieren planen.

Tendenzen in Richtung physischer oder innerer Emigration in der Generation der 25-Jährigen sind nicht nur eine Gefahr für die angewandte Nachhaltigkeit des Standortes, sondern auch für die *irenische Formel* und damit für das Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, das den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern versucht (Müller-Armack 1950). Denn durch den physischen oder inneren Rückzug entzögen sich Tomasz und Eric der gesellschaftlichen Aushandlung von materiellen und ideellen Kompromissen – gerade in Krisenzeiten wäre das ein besonders besorgniserregender Verlust sozialer Kohäsion. Diesen Gefahren wollen wir mit dieser Studie etwas entgegensetzen. Es geht uns, bildlich gesprochen, um einen moderierten Dialog zwischen Bundespräsident Roman Herzog mit seiner „Ruck-Rede“ vom 26. April 1997 in Berlin und den drei Jahre später geborenen Tomasz und Eric. Im Fokus steht damit das Durchbuchstabieren und Konkretisieren der Frage, wie der Herzog'sche „Ruck“ auszusehen hat, damit die Generation von Tomasz und Eric erneut Vertrauen schöpft und zuversichtlich in die Zukunft blickt. Dieses Durchbuchstabieren muss notwendigerweise aus einem

doppelten Ruck bestehen: einer *harten Diagnose* und einer *optimistischen Therapie* für den Standort Deutschland.

## 1.2 Ordnungsvertrauen, Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates und Dynamik der Wirtschaft

Der zentrale Begriff, welcher das Verhältnis von Bürgern zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik abbilden soll, ist das *Vertrauen in die Ordnung* mit all ihren Institutionen, Dynamiken, Dimensionen und Problemen. Dieses Ordnungsvertrauen hat in den vergangenen Jahren stark gelitten. Wenn man sich in die Lebenswelt von heute 25-Jährigen hineinversetzt, so war nicht nur die Corona-Pandemie ein ernsthafter Test für ihr Ordnungsvertrauen (Reinhardt/Friedrich/Mullis 2022). Diese Generation ist in einer Aneinanderreihung von Krisen herangewachsen, die man metaphorisch als einen sich auftürmenden „Krisenburger“ veranschaulichen kann: der Finanz-, Staatsschulden-, Krim-, Flüchtlings-, Klima-, und Corona-Krise, gefolgt vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine (Kolev 2024).

Menschen dieses Alters befanden sich beim Ausbruch der Pandemie am Anfang ihres Studiums oder ihrer Ausbildung und sahen sich mit einem erheblichen Bildungsverlust durch die Schließungen ihrer Campi bzw. Ausbildungsorte konfrontiert, welche die Politik nicht immer ausführlich begründete. Und wenn gelegentlich Repräsentanten der Politik während des Lockdowns zu ihnen sprachen, wie es der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann im März 2021 in Heidelberg tat, so spürten die damals 21-Jährigen nicht immer Empathie für die eigenen pandemie- und maßnahmenbedingten Probleme (Schirmer 2021). Noch während der Pandemie kam die Ampelkoalition zustande, in der sich zwar die beiden kleineren Koalitionspartner als Vertreter der jüngeren Generation verstanden. Die Koalition hinterlässt an ihrem Ende aber eine wirtschaftspolitische Bilanz, welche das Vertrauen in die Problemlösungskompetenzen der Ordnung und ihrer politischen Mitte quer durch die Bevölkerung erschüttert hat (Köcher 2023; Petersen 2024). Wie die Bertelsmann Stiftung jüngst in einer Studie herausgearbeitet hat, trifft dieser Befund erschütterten Vertrauens auf die Generation der 18- bis 30-Jährigen besonders stark zu (Muravina et al. 2024). Jüngst haben sich darüber hinaus angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit die Arbeitsmarktchancen besonders für die Jungen verschlechtert (Creutzburg 2025; Bub 2025).

Gemäß unserer zentralen Hypothese, dass Entscheidungen guter Wirtschaftspolitik die langfristigen Rahmenbedingungen so ordnen, dass die Wahrscheinlichkeit für physische und innere

Emigration junger Menschen sinkt, möchten wir die langfristigen Rahmenbedingungen anhand von zwei Faktorbündeln analysieren:

- dem *Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates* sowie
- der *langfristigen Dynamik der Wirtschaft*

Die Attraktivität des Standortes hängt selbstverständlich nicht ausschließlich an diesen zwei Faktorbündeln – man denkt sofort etwa an Klimaschutz- oder Gerechtigkeitsfragen, die auch den Standort attraktiv machen können (Kirchhof 2021). In unserer ordnungsökonomischen Analyse bedeuten allerdings Mängel bei einem dieser beiden Faktorbündel einen gravierenden Standortnachteil aus und löst deshalb das Nachdenken gerade junger Bürger über physische oder innere Emigration aus.

Wie wir in Abschnitt 3.1 ausführlich erläutern, werden beim **Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates** die Aktivitäten des Staates als (nicht-marktliche) Leistungen betrachtet, für welche die Bürger verschiedene (ebenfalls nicht-marktliche) Preise zu entrichten haben. Dabei unterscheiden wir *den ermöglichenden (oder unterstützenden) Staat* und *den erstellenden (oder produzierenden) Staat*. Der ermöglichende Staat unterstützt Tomasz und Eric mit den Leistungen *Rahmen* und *Leiter*. Der Rahmen ordnet die Spielregeln in Wirtschaft und Gesellschaft und produziert damit Erwartungssicherheit für die langfristigen Entscheidungen der 25-Jährigen. Die *Leiter* steht für die Zugänglichkeit der Positionen in Wirtschaft, Politik oder Verwaltung und damit für die Aufstiegsmöglichkeiten im Sinne der sozialen Mobilität. Der erstellende Staat produziert weitere Leistungen, die wir in die Kategorien Daseinsfürsorge und Infrastruktur unterteilen. Hinsichtlich der Preise unterscheiden wir zwischen *Steuern und Abgaben* sowie *Bürokratiekosten* (zu Fragen der *Schuldenlast* verweisen wir auf das Gutachten für DIE JUNGEN UNTERNEHMER von Hagist 2024). Entscheidend für das Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates ist dessen *subjektive Wahrnehmung in Zeit und Raum* durch die Bürger des Landes, auch durch Tomasz und Eric. Der Verfall der Bahninfrastruktur etwa, den sowohl Tomasz als auch Eric täglich wahrnehmen, schmälert stetig ihre Zuversicht hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des deutschen Staates – zumal wenn Tomasz seinem Freund Eric von der sich stetig verbessernden Bahninfrastruktur in der Heimat von Tomasz' Eltern berichtet.

Bei der **Dynamik der Wirtschaft** betrachten wir makroökonomische Prozesse, deren Dynamik – relativ zu anderen Standorten – mitbestimmt, wie attraktiv Deutschland mit seiner erwartbaren Wohlstandsentwicklung für die langfristigen Entscheidungen von Tomasz und Eric ist. Der üblichen Darstellung einer Produktionsfunktion folgend, umreißen wir die Dynamik durch drei Treiber: *Arbeit*, *Kapital* und *Technologie*, wobei letzterer Treiber stark mit den *Innovationen* in dieser



Wirtschaft zusammenhängt. Wie beim Preis-Leistungs-Verhältnis, werden wir bei der kurz- und bei der langfristigen Analyse jeweils einen Maßnahmentyp in den Mittelpunkt stellen. Die kurzfristige Analyse benötigt vor allem *exogene/extrinsische* Maßnahmen, die wir *Anreiz-Blockaden-Löser* nennen. Die langfristige Analyse braucht hingegen das, was wir *Begriffs-Blockaden-Löser* nennen. Letztere sind dahingehend *endogen/intrinsisch*, als sie bezwecken, dass sich die Art und Weise verändert, wie wir über den Staat, die Dynamik der Wirtschaft sowie Arbeit, Kapitalmarkt und Innovation öffentlich debattieren und damit die Begriffe mittel- und langfristig neu konnotiert werden. Es ist keinesfalls neu, dass die Sprache Grenzen und Räume des eigenen Handelns wesentlich mitbestimmt (Humboldt 1979; Wittgenstein 2003). Die jüngsten Erkenntnisse der narrativen Ökonomik (Shiller 2019) und der ökonomischen Rhetorik (McCloskey 1985) zeigen außerdem eindrücklich, wie essenziell die sprachlichen Formen für die inhaltlichen Debatten der Wirtschaftspolitik sind.

### 1.3 Gang der Untersuchung

Im Folgenden geht die Studie, ausgehend von unserer zentralen Hypothese, in zwei Hauptschritten vor. Erstens nehmen wir eine *Diagnose* des Standortes Deutschland vor, veranschaulicht durch die Thermometeranzeigen zur physischen und zur inneren Emigrationsentscheidung von Tomasz und Eric. Zweitens schlagen wir eine *Therapie* für den Standort Deutschland vor dem Hintergrund dieser Diagnose vor, um die Generation von der physischen und inneren Emigration abzubringen. Dabei ergänzen sich unsere *harte Diagnose*, welche die deutsche Gesellschaft und die Politik aus ihrem die junge Generation oft missachtenden Schlummer wecken soll, und unsere *optimistische Therapie*, deren Empfehlungskatalog Schneisen politischer Aktivität und kulturellen Wandels hin zu einem „nicht-naiven“ Optimismus für den Standort Deutschland schlagen soll.

Die Diagnose in Abschnitt 2 fußt zunächst auf einer aktuellen Online-Umfrage von 1000 Bürgern im Alter von 18 bis 25 Jahren, die im Dezember 2024 von der INSA-CONSULERE GmbH im Auftrag des Verbandes DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V. durchgeführt wurde. Diese Befunde ergänzen wir anschließend um weitere empirische Erkenntnisse zum Nachdenken über mögliche Emigrationsentscheidungen in der Generation von Tomasz und Eric.

Die Therapie in Abschnitt 3 arbeitet die kurz- und langfristigen Änderungspotenziale im Preis-Leistungs-Verhältnis des deutschen Staates sowie der kurz- und langfristigen Dynamik der deutschen Wirtschaft heraus. Dies ermöglicht einen Katalog kohärenter Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik und zum kulturellen Wandel darüber, wie der ordnungspolitische Neustart der Bundesrepublik gelingen kann – nämlich indem das Land sein Wohlstandsversprechen für die

junge Generation gründlich erneuert. Die Dringlichkeit ist angesichts der hier vorgebrachten diagnostischen Empirie eindeutig gegeben. Es geht um nicht weniger als die dauerhafte Zurückgewinnung verlorengegangenen Ordnungsvertrauens durch neue ordnungspolitische Glaubwürdigkeit gegenüber der jungen Generation, möglichst noch bevor die Stimmung von Tomasz, Eric und ihren Altersgenossen zulasten des Standortes ganz gekippt ist.

## 2 Diagnose des Standortes Deutschland: das Thermometer der Emigration

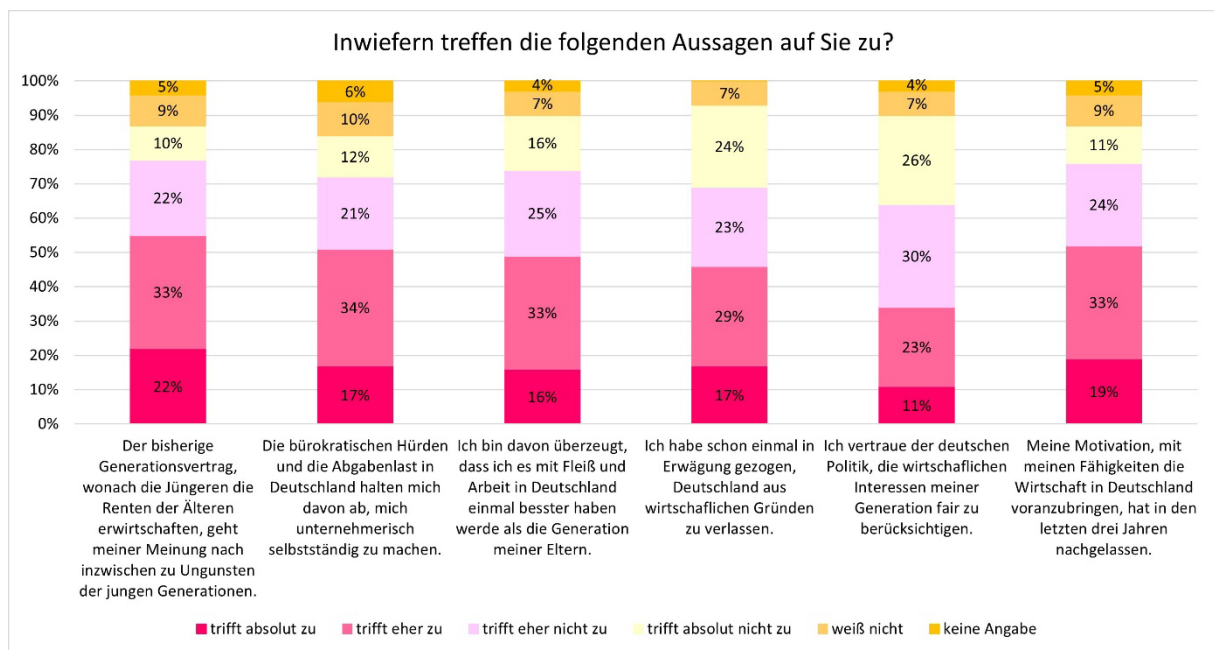
### 2.1 Zusammenhang zwischen physischer und innerer Emigration

Die Emigration von jungen Menschen ist ein besonders sensibles Thermometer für den Stimmungswandel in einer Gesellschaft. Der Blick nach Osteuropa und in die Neuen Bundesländer mit der massenhaften Emigration gerade jüngerer Bürger nach 1989 zeigt auch 35 Jahre später, wie sehr die am Standort Verbliebenen mit den Konsequenzen aus der Emigration ihrer Mitbürger zu kämpfen haben. Bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen etwa wählten die demographisch einigermaßen intakten Städte deutlich anders als der demographisch gealterte ländliche Raum, der seit 35 Jahren Bevölkerung verliert – dabei gehen überproportional viele Jüngere und Frauen (Deckers 2024). Dabei lässt sich das Muster einer gesellschaftlichen Polarisierung entlang der divergenten demographischen Entwicklung in Osteuropa schon länger beobachten (Krastev 2022; de Dominicis/Dijkstra/Pontarollo 2022). Bei aller Möglichkeit der „brain circulation“, also der Rückwanderung nach einer gewissen Zeit: Die Emigration ist an sich ein schmerzhafter Prozess, weil er zunächst bei den Verbliebenen den Eindruck von „brain drain“ hinterlässt, ohne wissen zu können, ob es tatsächlich zu einer späteren Rückwanderung und damit zur „brain circulation“ kommt (Directorate-General for Research and Innovation 2023).

Der Begriff *innere Emigration* hat in der deutschen Nachkriegsliteratur eine komplexe Geschichte (Klieneberger 1965; Kroll/Voss 2012). Davon losgelöst hat er für uns zwei zentrale Aspekte, und zwar aufgeteilt nach der nachlassenden Präsenz von Eric *in der Wirtschaft* und *in der Gesellschaft*. Innere Emigration in der Wirtschaft bedeutet, dass man in eine Entfremdung und in ein Arbeitsethos gemäß der Formel „Dienst nach Vorschrift“ verfällt und dabei unternehmerische Innovativität sowie Gedanken über Selbstständigkeit ad acta legt. Innere Emigration in der Gesellschaft bedeutet, neben veränderten politischen Einstellungen, Entfremdung im Sinne von fehlendem oder reduziertem Engagement in Politik und Zivilgesellschaft. Daneben existieren eine Reihe von *Interaktionseffekten zwischen physischer und innerer Emigration*, welche unter Umständen zur Verstärkung der Emigrationstendenzen führen können.

## 2.2 Erste Fiebermessung mit dem Emigrations-Thermometer

Wir beginnen unsere Analyse mit der Auswertung der Online-Umfrage, welche im Dezember 2024 von der INSA-CONSULERE GmbH im Auftrag des Verbandes DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V. durchgeführt wurde. Befragt wurden 1000 Bürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, und zwar zu Fragen, welche für diese Studie von unmittelbarer Relevanz sind.



**Abbildung 1: Ordnungsökonomisches Stimmungsbild der 18- bis 25-Jährigen in Deutschland**

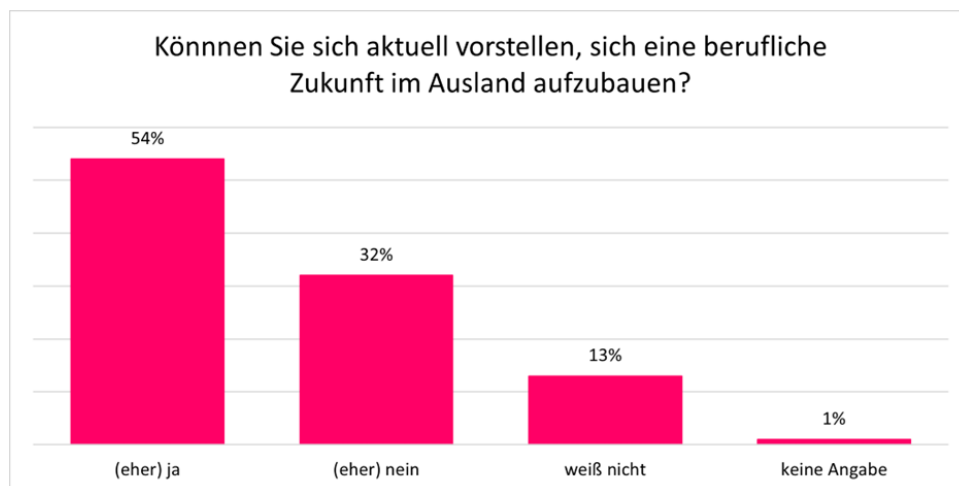
Quelle: Eigene Abbildung

Die Fragen betreffen allesamt das wahrgenommene Preis-Leistungs-Verhältnis des deutschen Staates sowie die erwartete Dynamik der Wirtschaft hierzulande. Daraus lässt sich ein ernstzunehmender Befund ablesen. Denn unabhängig davon, ob es knapp die Mehrheit oder gut die Mehrheit der Befragten ist: *Die Hälfte der Befragten signalisieren ein deutliches Unbehagen am Standort Deutschland*, und zwar:

- So empfinden 55 % der Befragten die Aussage als zutreffend, dass der Generationenvertrag, nach welchem die Jüngeren die Renten der Älteren erwirtschaften, sich inzwischen zu Ungunsten der jungen Generation verschoben hat (22 % absolut, 33 % eher).
- 51 % der Befragten geben an, dass die Kosten des Standortes Deutschland, insbesondere die Belastungen durch die Bürokratie und die Abgabenlast, sie davon abhalten, sich unternehmerisch selbstständig zu machen (17 % absolut, 34 % eher).

- Weniger als die Hälfte der Befragten (49 %) sind davon überzeugt, dass sie es durch Fleiß und harte Arbeit in Deutschland einmal besser haben werden als ihre Elterngeneration (16 % absolut, 33 % eher). Hingegen schließen 16 % der Befragten diese Möglichkeit des sozialen Aufstiegs sogar absolut aus.
- Kumuliert zog es eine relative Mehrheit der Befragten (46 %) schon einmal für sich in Erwägung, Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen zu verlassen (17 % absolut, 29 % eher). Während lediglich 21 % der Befragten eine solche Erwägung absolut für sich ausschließen.
- Lediglich 11 % der Befragten stimmen der Aussage absolut zu, dass die deutsche Politik die wirtschaftlichen Interessen ihrer Generation fair berücksichtigt. 56 % der Befragten halten diese Aussage hingegen für nichtzutreffend (26 % absolut nicht, 30 % eher nicht).
- Ebenso stimmen lediglich 11 % der Befragten der Aussage absolut zu, dass ihre Motivation, mit ihren Fähigkeiten die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen, in den letzten drei Jahren nicht nachgelassen hat. Bei 52 % der Befragten hat diese Motivation hingegen nach eigener Einschätzung nachgelassen (19 % absolut, 33 % eher).

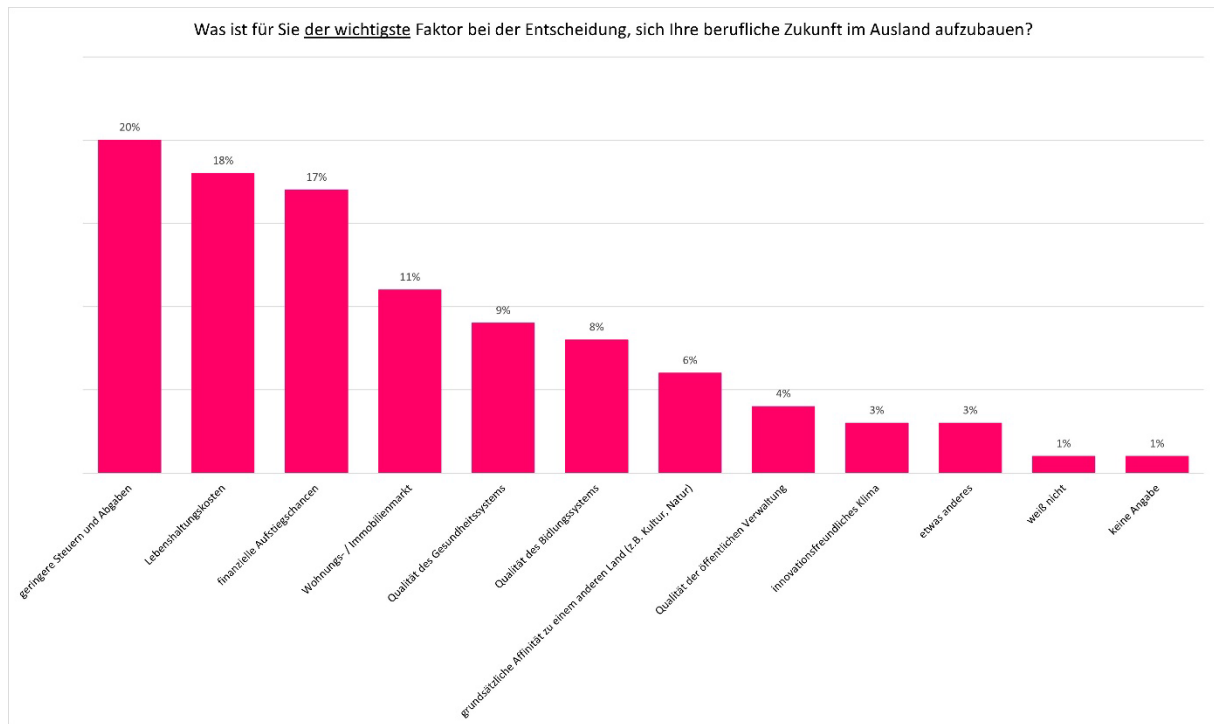
Dieses Unbehagen an verschiedenen Facetten des Standortes Deutschland bedeutet noch nicht unmittelbar, dass man auch aktiv über alternative Standorte nachdenkt. Folgende Frage allerdings beleuchtet dieses Nachdenken deutlich:



**Abbildung 2: Bereitschaft für eine berufliche Zukunft im Ausland**  
 Quelle: Eigene Abbildung

Erneut bekundet eine absolute Mehrheit der 1000 Befragten (54 %), dass für sie eine berufliche Zukunft im Ausland vorstellbar wäre, während lediglich knapp ein Drittel (32 %) diese Option eher ausschließt. Wenn man sich bei den 542 Befragten, die sich eine Zukunft im Ausland

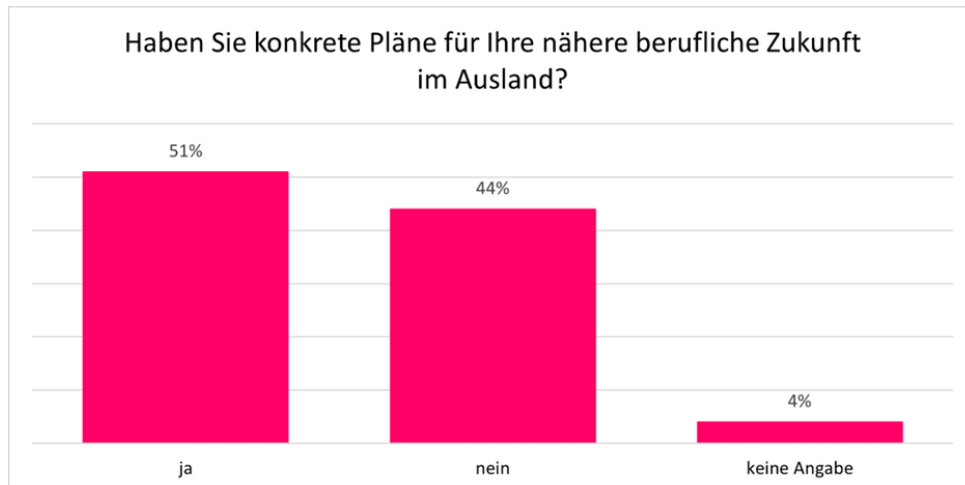
vorstellen können, nach dem wichtigsten Grund für die eigenen Überlegungen erkundigt, ergibt sich folgendes Motivationsbild.



**Abbildung 3: Faktoren für eine berufliche Zukunft im Ausland**  
 Quelle: Eigene Abbildung

Folgende drei Komplexe werden am häufigsten als wichtigster Faktor bei der Entscheidung angeführt, sich eine berufliche Zukunft im Ausland aufzubauen: „geringere Steuer- und Abgabenlast“ (20 %), „Lebenshaltungskosten“ (18 %) und „finanzielle Aufstiegschancen“ (17 %). Damit soll nicht geleugnet werden, dass die befragten Alterskohorten *heterogene Präferenzen* darüber haben, was an den Institutionen hierzulande wertvoll und was problematisch ist. Aber der Preis des deutschen Staates, die Kaufkraft des hierzulande erzielten Einkommens und die Möglichkeit zur Verbesserung der eigenen finanziellen Lage scheinen in der Wahrnehmung *besonders neuralgische Punkte* zu sein, wenn in der Generation von Tomasz und Eric über Emigration nachgedacht wird. Die Faktoren „Wohnungs- und Immobilienmarkt“ (11 %), „Qualität des Gesundheitssystems“ (9 %), „Qualität des Bildungssystems“ (8 %), „grundsätzliche Affinität zu einem anderen Land“ (6 %), „Qualität der öffentlichen Verwaltung“ (4 %) und „innovationsfreundliches Klima“ (3 %) werden hingegen seltener genannt.

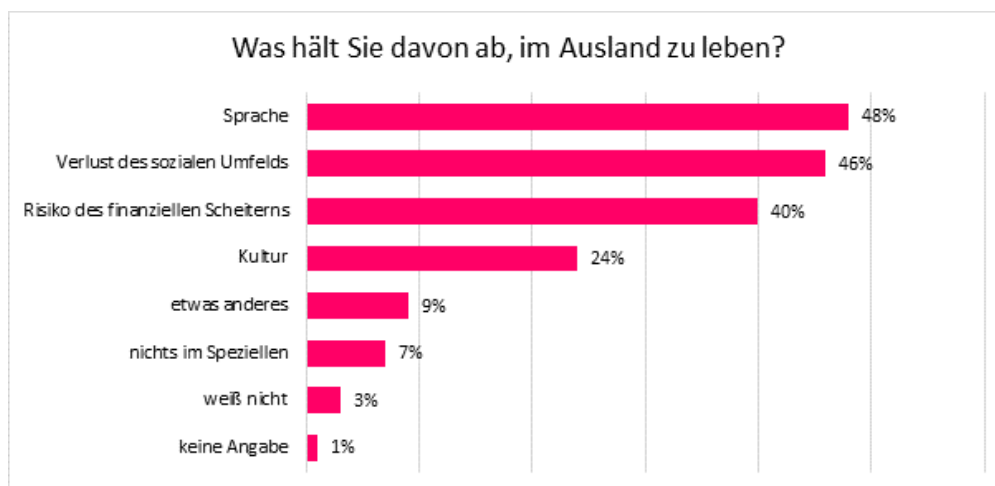
Damit ist noch nicht beantwortet, wie konkret die Pläne über die mögliche Emigration sind. Die nächste Frage wirft das Schlaglicht hierauf.



**Abbildung 4: Konkreten Pläne für berufliche Zukunft im Ausland**  
Quelle: Eigene Abbildung

Von den 542 Befragten, welche sich eine berufliche Zukunft im Ausland vorstellen können, bezeichnen 51 % ihre Pläne als konkret.

Zusätzliche Erkenntnisse über die relative (Im-)Mobilität ergeben sich, wenn man bei den 318 Befragten nachfasst, welche sich aktuell *keine* berufliche Zukunft im Ausland vorstellen können, und sich nach den Hinderungsgründen erkundigt.



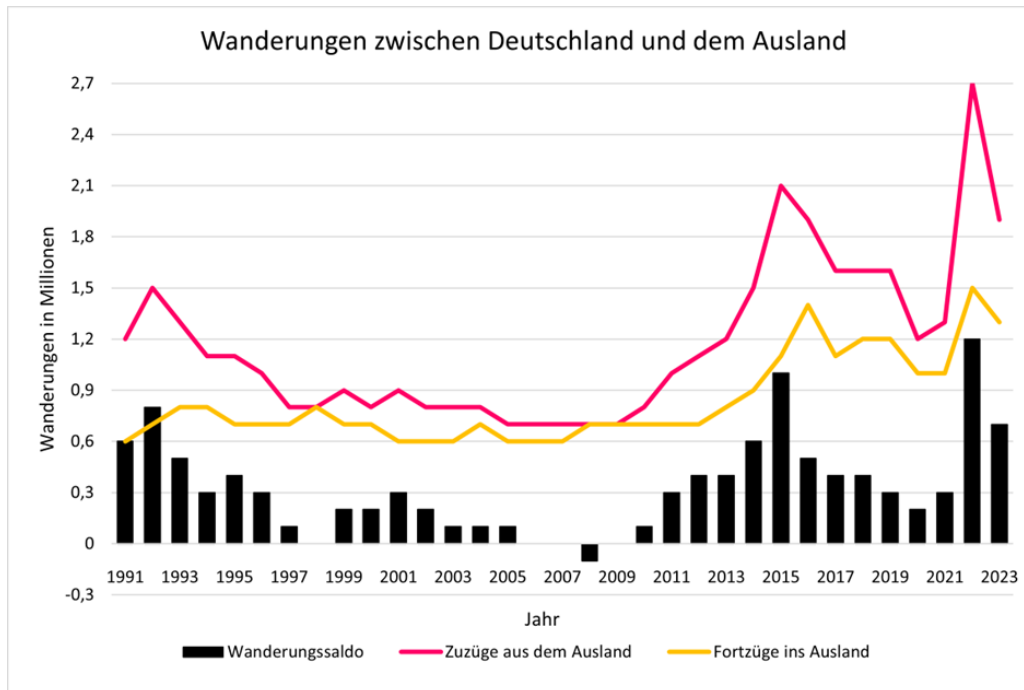
**Abbildung 5: Hinderungsgründe für eine berufliche Zukunft im Ausland**  
Quelle: Eigene Abbildung

Die drei am häufigsten genannten Hinderungsgründe, im Ausland zu leben, sind „Sprache“ (48 %), „Verlust des sozialen Umfeldes“ (46 %) und „Risiko des finanziellen Scheiterns“ (40 %). Die Kultur hat hingegen mit 24 % deutlich weniger Gewicht. Hieraus ergeben sich Hinweise für die *Gegenüberstellung des als relativ mobil angenommenen Tomasz und des weniger mobilen Eric* und damit für die *Interaktionseffekte zwischen physischer und innerer Emigration*. Es ist erwartbar, dass der Verlust von Sozialkapital in Form von Sprache oder sozialem Umfeld für die relative Immobilität eine Rolle

spielt. Mindestens genauso spannend ist aber die Nennung vom Risiko des finanziellen Scheiterns als Hinderungsgrund für Mobilität. Bei den relativ Mobilen wurde ja die Chance des finanziellen Aufstiegs als wichtiger Grund für die mögliche Emigration genannt. Damit kann man, mit aller gebotenen analytischen Vorsicht, die Risikoprofile unserer Beispiele Tomasz und Eric als *risikoaffin* bzw. *risikoscheu* gegenüberstellen und, ebenso vorsichtig, die Verschiebung der Risikopräferenzen in der Kohorte von beiden andeuten, die sich aus der möglichen Emigration des relativ risikoaffinen Tomasz und dem Verbleib des relativ risikoscheuen Eric ergibt. Für Eric wiederum führt unsere besonders krisenhafte Zeit mit ihren immer ausgeprägteren wirtschaftlichen Abstiegsängsten zur Gefahr der inneren Emigration, womit die Bemühung um Risikovermeidung inmitten der risikobetonenden Krisen weiter zunimmt. Und falls sich Tomasz im Ausland für das Ergreifen von Risiken entscheidet, die seine wirtschaftliche Situation überdurchschnittlich erfolgreich geraten lassen, ist es nicht ausgeschlossen, dass in der Beziehung der beiden Freunde auch Neid bei Eric aufkommt, mit weiteren verstärkenden Effekten für dessen Neigung zur inneren Emigration.

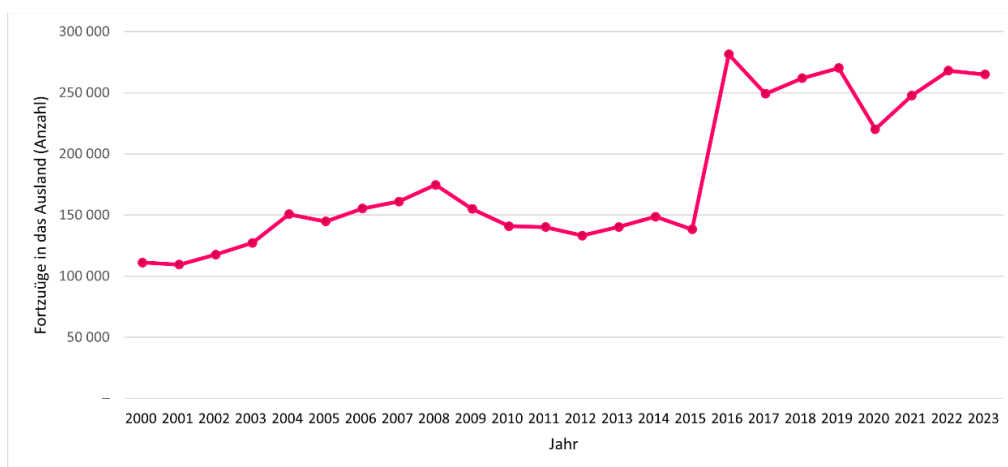
### 2.3 Dimensionen des Physische-Emigrations-Thermometers

Das Thema Auswandern gehört nicht zu den Schwerpunkten in der deutschen Migrationsdebatte. Und doch ist sie untrennbar von der von Einwanderungsfragen dominierten Debatte. Oft heißt es etwa, Deutschland benötige 400.000 Einwanderer pro Jahr für den Arbeitsmarkt, um das demographische Defizit auszugleichen und die Schrumpfung der erwerbstätigen Bevölkerung auszugleichen. Diese Zahl meint aber die Nettozuwanderung nach Deutschland, also die Differenz zwischen Bruttozuwanderung und Auswanderung. Die Zahl lässt sich z.B. erreichen, wenn die Bruttozuwanderung 1.400.000 Menschen beträgt und die Auswanderung 1.000.000. Das war im Jahr 2021 in etwa der Fall. Wenn aber die Auswanderung z.B. auf 300.000 Menschen fiel, wäre lediglich eine Bruttozuwanderung von 700.000 Menschen notwendig, um auf die Nettozuwanderung von 400.000 Menschen zu kommen. Das ist deshalb wesentlich, weil jeder brutto Zugewanderte, der noch nie in Deutschland war, von der Gesellschaft integriert werden muss. Die Zahl der integrationsbedürftigen Bruttozuwanderung hängt damit zentral von der Höhe der Auswanderung ab. Abbildung 6 veranschaulicht die Dynamik dieser Zahlen in den vergangenen drei Jahrzehnten.



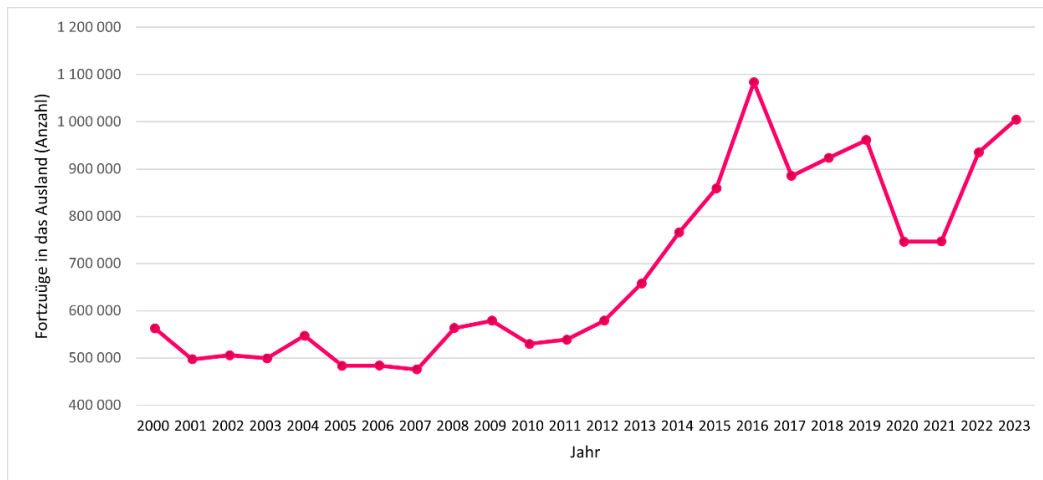
**Abbildung 6: Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland**  
Quelle: Destatis (2024a)

Wenn man auf die Entwicklung der Auswanderungszahlen der vergangenen zehn Jahre blickt, so pendeln sie um einen Durchschnitt von etwa einer Million Menschen pro Jahr. Die Zusammensetzung dieses Durchschnittswertes, also das Verhältnis zwischen auswandernden Deutschen und Deutschland verlassenden Ausländern, hat sich im vergangenen Jahrzehnt verschoben, wie man den folgenden Abbildungen 7 und Abbildung 8 entnehmen kann. Die Anzahl der auswandernden Deutschen hat sich in etwa verdoppelt, von 148.000 (2014) auf 265.000 (2023), während sich die Anzahl der Deutschland verlassenden Ausländer weniger dynamisch entwickelt hat, von 765.600 (2014) auf 1.004.000 (2023).



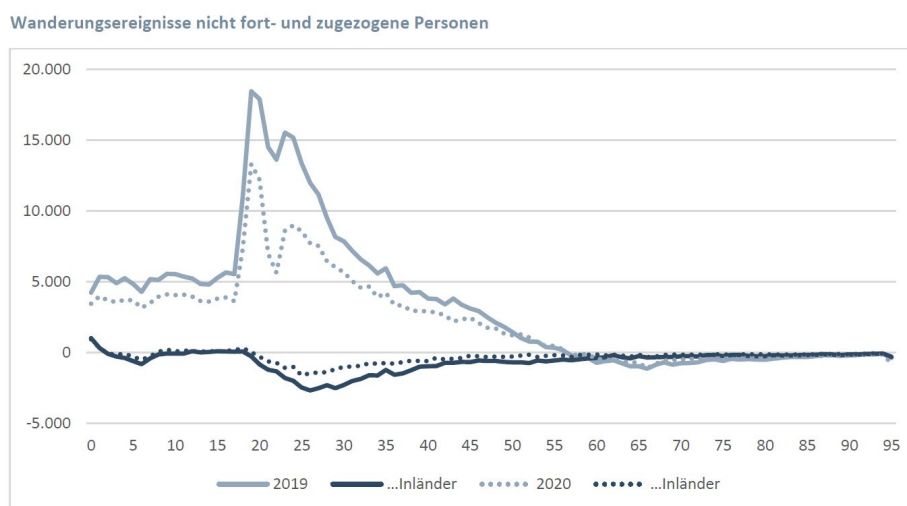
**Abbildung 7: Fortzüge deutscher Staatsbürger von Deutschland ins Ausland**  
Quelle: Destatis (2024b)





**Abbildung 8: Fortzüge nicht-deutscher Staatsbürger von Deutschland ins Ausland**  
Quelle: Destatis (2024b)

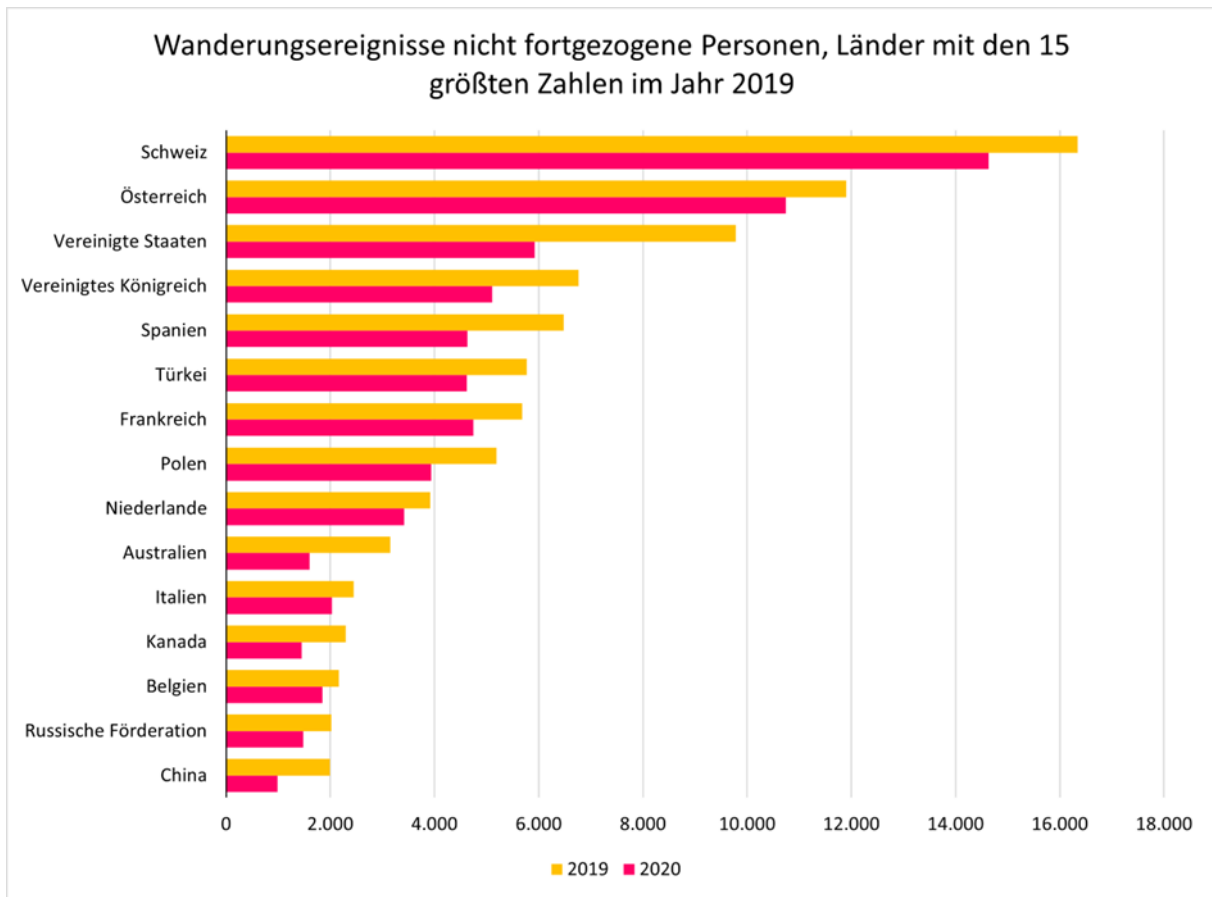
Die Methodologie des Statistischen Bundesamtes bei den Zahlen der o.g. *Wanderungsstatistik* hat einen entscheidenden Vorteil und einen größeren Nachteil (Geis-Thöne 2022). Erfreulicherweise erfragt sie die Altersstruktur der Zu- oder Fortzüge. Von Nachteil ist allerdings, dass sie die Frage des dauerhaften oder temporären Zu- oder Fortzugs nicht abbildet. Letzteres lässt sich durch eine parallele Untersuchung der *Ausländerstatistik* leider nur unvollkommen ausgleichen.



**Abbildung 9: Nettozuwanderung nach Altersjahren**  
Quelle: Geis-Thöne (2022)

Abbildung 9 enthält einen wichtigen, wenn auch nicht überraschenden Hinweis, nämlich dass die Altersgruppe von Tomasz und Eric die mobilste innerhalb der Gesamtbevölkerung ist, wie sich in der prononcierten Nettoauswanderung von den jungen Inländern und der noch prononcierteren Nettoeinwanderung von jungen Ausländern zeigt.

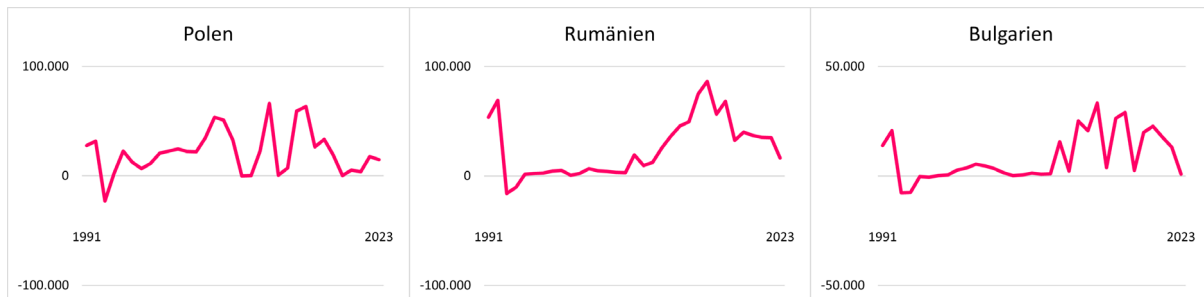
Wenn man diese aggregierten Zahlen feiner granuliert, ergeben sich folgende Teilergebnisse, etwa bei der Frage nach den Zielländern bei der Auswanderung von Deutschen.



**Abbildung 10: Zielländer der Fortzüge von Deutschen**  
 Quelle: Geis-Thöne (2022)

Wenn man allerdings auf die Gesamtzahl aller Auswanderer in Abbildung 6 blickt, sehen die Zahlen in Abbildung 10 – gegeben den erläuterten Anteil der Deutschen an der Gesamtzahl von etwa einem Viertel – vielleicht nicht beeindruckend aus. Blickt man allerdings stattdessen auf alle Auswanderer und diejenigen Länder in der EU, die in den vergangenen 20 Jahren für nennenswerte Nettozuwanderung nach Deutschland gesorgt haben, so ergibt sich eine ganz andere Dimension. Drei Länder erhalten hier ein besonderes Schlaglicht: Polen, von wo auch die Eltern von Tomasz in den 1990er Jahren nach Deutschland gezogen sind, Rumänien und Bulgarien. Während die Zahlen in Abbildung 10 Bruttozahlen sind, sind die Zahlen in Abbildung 11 „nur“ Nettozahlen – die Bruttozahlen fallen entsprechend deutlich massiver aus. Um diese mit Abbildung 10 vergleichbar zu machen, sei die Bruttoauswanderung in die drei Länder genannt: Im Jahr 2019 sind nach Polen 126.000, nach Rumänien 198.000 und nach Bulgarien 66.000 in Deutschland wohnhafte Menschen ausgewandert.

Abbildung 11 enthält demnach die Nettozahlen und die Wanderungsbilanzen Deutschlands vis-à-vis den drei Ländern.



**Abbildung 11: Wanderungssaldo Deutschlands mit Polen/Rumänien/Bulgarien 1991–2023**  
Quelle: Destatis (2024c)

Worauf Abbildung 11 hinweist, ist die deutliche Schrumpfung der Nettozuwanderung aus den drei Ländern in den letzten Jahren. Mit anderen Worten: Während bis vor wenigen Jahren deutlich mehr Menschen aus diesen Ländern nach Deutschland eingewandert sind als dorthin ausgewandert, ist diese Differenz inzwischen auf einen Bruchteil eingebrochen. Die Nettozuwanderung aus Polen ist von ihrem Maximum von etwa 66.000 im Jahr 2011 auf etwa 15.000 im Jahr 2023 geschrumpft; aus Rumänien von etwa 86.000 im Jahr 2015 auf 16.000 im Jahr 2023; aus Bulgarien von 33.000 im Jahr 2014 auf gerade mal 860 Menschen im Jahr 2023.

Selbstverständlich lässt sich dieser Wandel nicht mit einem einzigen Faktor erklären, dazu ist die wirtschaftliche und demographische Entwicklung in den drei Ländern viel zu facettenreich. Auf eins deuten die Zahlen, bei aller Vorsicht hinsichtlich der auch in diesen Ländern beobachteten starken Alterung der Bevölkerung und dem damit verbundenen Rückgang der Anzahl von relativ mobilen Jüngeren, dennoch hin: Die relative Attraktivität Deutschlands für Migranten im Vergleich zu den drei Herkunftsländern hat deutlich nachgelassen. Zwei Faktoren sind dabei schwer von der Hand zu weisen:

- *Das Preis-Leistungs-Verhältnis* des Staates in den drei Ländern hat sich in den letzten 15 Jahren deutlich verbessert, sichtbar an *Leistungen* wie der deutlich ausgebauten Infrastruktur und am *Preis* wie einer deutlich niedrigeren Steuer- und Abgabenlast als in Deutschland.
- *Die Dynamik* der drei Volkswirtschaften war in den letzten 15 Jahren ebenfalls sehr beachtlich, sichtbar an den stark überdurchschnittlichen Wachstumsraten im Vergleich zu den „alten“ EU-Ländern und an schnell steigenden und damit aufholenden Reallöhnen gegenüber Deutschland.

Wenn man sich nun an die Frage der Fristigkeiten der Auswanderungsabsichten herantasten will, so bietet das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

noch feiner granuliert Einsichten in die verschiedenen Fristigkeiten von möglichen Emigrationsentscheidungen nach Alter und Bildungsabschluss.

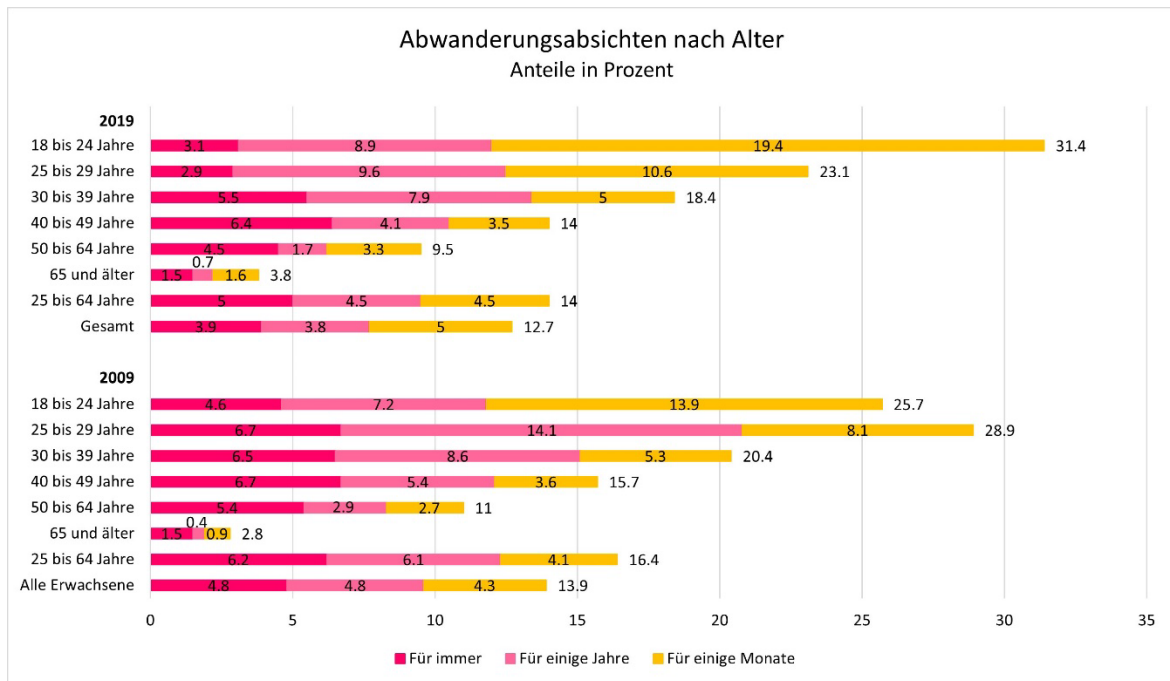


Abbildung 12: Abwanderungsabsichten nach Alter  
Quelle: Geis-Thöne (2022)

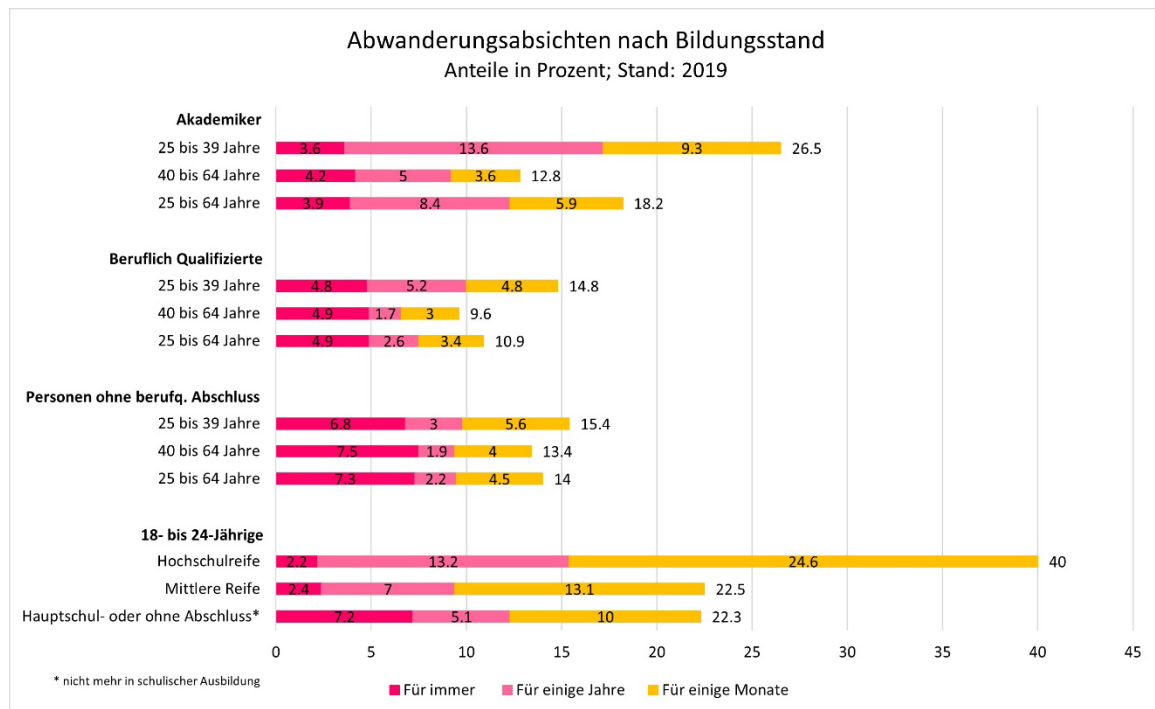
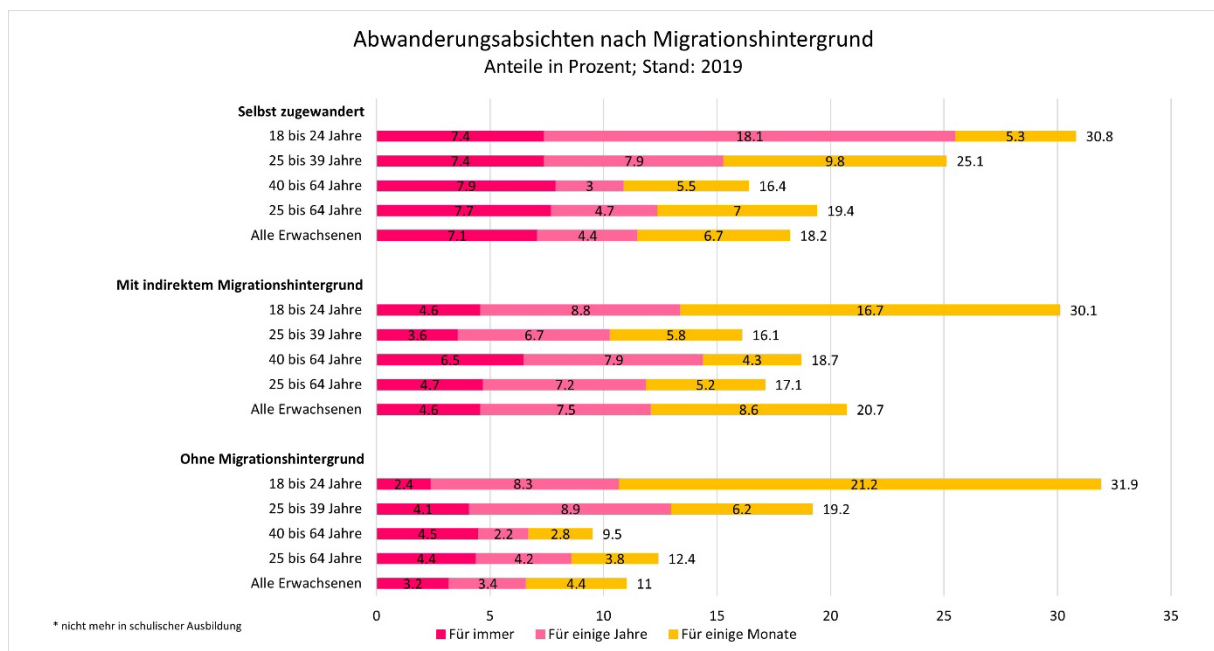


Abbildung 13: Abwanderungsabsichten nach Bildungsstand  
Quelle: Geis-Thöne (2022)

Die beiden Abbildungen 12 und 13 geben zum einen Aufschluss über Verschiebungen der Fristigkeiten bei den Emigrationsentscheidungen zwischen 2009 und 2019. Vergleicht man die Ergebnisse mit der in Abschnitt 2.1 vorgestellten INSA-Umfrage, so fallen die SOEP-Daten von 2019 etwas weniger besorgniserregend aus als die INSA-Daten von 2024. Es wäre unvorsichtig, daraus eine Tendenz abzulesen, denn den Erhebungen liegen unterschiedliche Methodologien zugrunde. Die SOEP-Daten zeigen zwar, dass die Emigrationsentscheidung der Jüngsten oft nur die ganz kurze Frist betreffen und damit so etwas wie ein Auslandssemester bedeuten können. Dieser Anteil fällt aber mit steigendem Alter schnell ab, so dass ab den 30-Jährigen die längerfristige und dauerhafte Auswanderung dominiert. Außerdem zeigt die Auswertung in Abbildung 13 die unterschiedliche Mobilität von Tomasz bzw. Eric gemessen durch ihren Schulabschluss (Hochschulreife bzw. Mittlere Reife) deutlich. Die Frage nach dem Migrationshintergrund hingegen sorgt kaum für nennenswerte Unterschiede: Junge Menschen mit Migrationshintergrund wie Tomasz sind in etwa so mobil wie ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, erst ab den 40-Jährigen denken Menschen mit Migrationshintergrund überproportional über Emigration nach, wie Abbildung 14 zeigt. Gerade wenn man sich in der Ausbildung befindet, denkt man überproportional stark über Emigration nach. Frauen neigen stärker als Männer dazu, über Emigration nachzudenken.



**Abbildung 14: Abwanderungsabsichten nach Migrationshintergrund**  
Quelle: Geis-Thöne (2022)

**Zusammenfassend** lässt sich zu den Dimensionen des Thermometers der physischen Emigration sagen, dass die Dimensionen zwar nicht mit denjenigen in Osteuropa nach 1989 vergleichbar sind. Es lohnt sich aber sehr wohl, die hier beschriebene Entwicklung sehr viel genauer zu verfolgen, als

dies in der deutschen Migrationsdebatte aktuell der Fall ist. Denn die Verschiebungen in den Wanderungsbilanzen vis-à-vis Polen, Rumänien und Bulgarien zeigen auf, wie erheblich der Wandel innerhalb eines recht kurzen Zeitraums sein kann. Der Anteil der über Emigration Nachdenkenden ist in der jungen Generation keineswegs zu vernachlässigen und ist bei denjenigen mit Hochschulreife bzw. den Studierenden nochmal ausgeprägter. Die INSA-Umfrage, die am aktuellen Rand im Dezember 2024 erhoben wurde, enthält Daten zur Entscheidungsfindung bei der Generation von Tomasz und Eric, welche unseres Erachtens besorgniserregend sind. Im Folgenden beleuchten wir das Phänomen der *inneren* Emigration, hier beispielhaft von Eric, welches wie bereits erläutert mit der Entscheidung zur *physischen* Emigration von Tomasz und seinen urbanen Altersgenossen zusammenhängen kann.

## 2.4 Dimensionen des Innere-Emigrations-Thermometers

Die Schockmomente unserer Zeit (James 2022; Kolev 2024) haben in der Generation von Tomasz und Eric zu ersten Kippmomenten (Goldschmidt/Wolf 2021) in ihrer Haltung zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Dabei geht es um einen Verlust vom im Abschnitt 1.2 thematisierten Ordnungsvertrauen und damit um die Bedeutung dieses Verlustes für die Haltung zur Mitte der politischen Ordnung der Bundesrepublik und für die eigene Präsenz in Wirtschaft und Gesellschaft. Die innere Emigration ist damit Gift für die *irenische Formel* der Sozialen Marktwirtschaft und damit für ihre zentrale Zielsetzung: Versöhnung verschiedener materieller und ideeller Interessen in der Gesellschaft: Der entfremdete Rückzug ins Private lässt das Gesellschaftliche in der Gesellschaft schlechthin schwinden.

In unserem Narrativ waren im Jahr 2019 Tomasz und Eric 19 Jahre alt und erlebten die sichtbare Politisierung von Teilen ihrer Generation bei *Fridays for Future* unterschiedlich. Obwohl damals oft der Eindruck entstand, dass die Anliegen der Demonstrationen von der Generation unisono als prioritär betrachtet wurden, ist inzwischen sichtbar geworden, dass innerhalb der auf der Straße präsenten Kohorten durchaus Risse bestanden. Tomasz, in unserer Veranschaulichung der Absolvent eines städtischen Gymnasiums, ging damals regelmäßig auf die Straße, während Eric, der bereits seine Ausbildung im ländlichen Sachsen aufgenommen hatte, *Fridays for Future* skeptisch gegenüberstand. Ihre Freundschaft litt um 2021 herum daran, dass Tomasz bei seiner Wahlentscheidung zur Bundestagswahl zwischen Grünen und FDP schwankte, während Eric sich auf die AfD festgelegt hatte.

Fangen wir mit dem Befund an, dass die Mitte als Selbstbezeichnung der eigenen politischen Positionierung in der Generation Z von Tomasz und Eric weniger attraktiv ist als für die

Generation der Babyboomer (Janson 2024). Das muss nicht überraschen, da es der in der Geschichte oft anzutreffenden Neigung junger Menschen entspricht, überproportional Parteien jenseits der Mitte zu wählen (Falter 1994). Was im historischen Überblick der letzten 40 Jahren allerdings überrascht, ist, dass sich die Geschlechter innerhalb der jungen Generation im Laufe des letzten Jahrzehnts auseinandergeliebt haben. Diese Entwicklung wird seit einigen Jahren unter dem Begriff „Modern Gender Gap“ thematisiert und meint die Aufspaltung in überproportional viele junge Frauen, die sich links der Mitte verorten, sowie überproportional viele junge Männer, die sich rechts der Mitte sehen (Burn-Murdoch 2024; Langsæther/Knutsen 2024).

In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im Herbst 2022 durchgeführt wurde, kommen besorgniserregende Befunde zur Zuversicht innerhalb der jungen Generation zutage, die in ihrer Heterogenität bezüglich der politischen Präferenzen zusätzlich Anlass zur Sorge geben (Döbele et al. 2023). Unter den zuversichtlichsten Parteianhängern zwischen 16 und 30 Jahren – das ist das Milieu, in dem sich Tomasz bewegt – dominiert der Anteil der Pessimisten denjenigen der Optimisten um das Doppelte bis Dreifache. Dieses Verhältnis beträgt im Milieu von Eric, also bei den am wenigsten zuversichtlichen Parteianhängern, sogar 1:10.



**Abbildung 15: Beunruhigung vs. Zuversicht durch die aktuellen Verhältnisse in Deutschland**  
Quelle: Döbele et al. (2022)

Dieser besorgniserregende Befund wird von der Studie „Jugend in Deutschland 2024“ bestätigt (Schnetzer/Hampel/Hurrelmann 2024). Sie wirft, wie zahlreiche andere Autoren auch, die Frage auf, wie sich Jugendliche über politische Themen informieren. Die Dominanz der sozialen Medien als Quelle für Informationsbeschaffung wird jüngst oft thematisiert, da dort die Parteien der Mitte besonders schwach und die AfD besonders professionell auftritt. Neben der damit einhergehenden Gefahr der Polarisierung, in unserem Narrativ besonders für Eric, bedeutet es auch eine spezielle Empfänglichkeit für die vor allem von der AfD vorangetriebenen Narrative über den Niedergang Deutschlands in Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn man einmal diese Brille aufgesetzt hat, sind Emotionen wie Wut oder Verzweiflung vorprogrammiert und damit genau der Rückzug aus der Mitte der Ordnung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, den wir *innere Emigration* nennen.

Angesichts dieser Tendenzen wird es immer ungewisser, ob sich junge Menschen auch in Zukunft gesellschaftlich engagieren.

**Zusammenfassend** lässt sich, auf der Grundlage der mit dem doppelten Set von Emigrations-Thermometern (physische bzw. innere Emigration) vorgenommenen Diagnose des Standortes Deutschland Folgendes festhalten: Die Generation von Tomasz und Eric steht unter erheblichem Druck durch die Schockmomente der krisenhaften Zeit, die die volle Länge ihrer Jugend gekennzeichnet hat. Die Pandemie hat Zweifel geweckt, ob die politische Mitte immer im Sinne der Jungen denkt und handelt. Schließlich haben sich die wirtschaftlichen Perspektiven in den vergangenen drei Jahren massiv verdüstert. Das führt beim besonders mobilen Tomasz zu einer steigenden Wahrscheinlichkeit, seine Zukunft im Ausland zu suchen, während es beim weniger mobilen Eric zur zunehmenden Entfremdung gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft führt. Zusätzlich können Interaktionseffekte zwischen physischer und innerer Emigration zur Verstärkung dieser Emigrationstendenzen führen.

Damit stellen wir dem Standort Deutschland eine *harte Diagnose*: Er läuft Gefahr, dass ihm seine jungen Leistungsträger im urbanen *und* im ländlichen Raum die Treue aufkündigen. Das sind aber gerade die Leistungsträger, welche der Standort jahrzehntelang für die Wohlstandsentwicklung in Deutschland benötigt. Wenn wir damit alarmistisch klingen sollten, ist das mit der Hoffnung verbunden, dass es anders kommen wird. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass sich die beiden 25-Jährigen für die physische bzw. innere Emigration entscheiden, ist in den vergangenen Jahren nennenswert geworden. Bevor diese Entscheidungen tatsächlich getroffen und zu einem Massenphänomen werden, wollen wir mit der folgenden *optimistischen Therapie* mehrere Handlungsfelder aufzeigen, wie ein Wandel eintreten kann, der die 25-Jährigen wieder mit Deutschland versöhnt. Auf diesen Feldern ist vieles im Sinne der *angewandten Nachhaltigkeit* dieses Narrativs neu zu justieren, so dass – sobald Tomasz und Eric dies bemerkt haben – die Stimmung ihrer Generation wieder in den Bereich steigenden Ordnungsvertrauens dreht.

### **3 Therapie des Standortes Deutschland: Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates und Dynamik der Wirtschaft**

#### **3.1 Vertrauensneustart und -akkumulation in der Staats- und Wirtschaftsordnung**

Wie kann das Ordnungsvertrauen von Tomasz und Eric, sowohl kurz- als auch vor allem langfristig, zurückgewonnen werden? Das ist die zentrale therapeutische Stoßrichtung, der die folgende Analyse gewidmet ist. In Abschnitt 1.1 haben wir bereits erläutert, dass wir



selbstverständlich nicht den Anspruch erheben, alle Faktoren und Hebel beim Aufbau neuen Vertrauens ausfindig zu machen. Stattdessen fokussieren wir auf das Prisma der *Ordnungsökonomik*, welches die wirtschaftlichen Prozesse in den Kontext der anderen gesellschaftlichen Teilordnungen einzubetten versucht und damit eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen strebt (Eucken 1952, 372–374). Es geht also um eine materiell ergiebige Wirtschaft, in der der Einzelne in Freiheit und Gerechtigkeit leben kann und dabei innerhalb der sogenannten *Wettbewerbsordnung* den eigenen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg im entmachtenden Wettbewerb mit den anderen Akteuren erzielt (North/Wallis/Weingast 2009; Kolev 2017, 47–52).

Hierbei betrachten wir die Staatsordnung und die Wirtschaftsordnung als separate und dennoch interdependente Felder der Wettbewerbsordnung. Für analytische Zwecke ergibt es Sinn, damit die staatlichen Aktivitäten einerseits und die privaten Aktivitäten andererseits zu trennen, wohl wissend, dass sie stets durch vielfältige Kanäle komplementär zueinander sind – beim heutigen quantitativen Umfang des Staates und seiner Interventionstiefe erst recht. Entsprechend ist unser Therapie-Abschnitt 3 strukturiert. Zunächst erläutern wir in diesem Abschnitt unseren Begriffsapparat, anschließend legen wir in Abschnitt 3.2 unsere Methodologie dar. In Abschnitt 3.3 widmen wir uns dann der Verbesserung beim *Preis-Leistungs-Verhältnis* der staatlichen Aktivitäten, während in Abschnitt 3.4 das Schlaglicht auf die *Dynamisierung* der privaten Wirtschaft geworfen wird.

Die Felder „Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates“ und „Dynamik der Wirtschaft“ hängen eng zusammen: Ein als wettbewerbsfähig empfundenes Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates interpretiert man als zusätzliche Beschleunigung der Dynamik aus den privaten Aktivitäten, während ein als nicht-wettbewerbsfähig empfundenes Preis-Leistungs-Verhältnis ein Hemmnis für die Dynamik der Privaten bedeutet. Auf beiden Feldern streben wir eine Zwei-Ebenen-Therapie an: die kurzfristige Rückgewinnung von Vertrauen Tomasz’ und Eric’s, die wir *Vertrauensneustart* nennen, und den langfristigen Aufbau eines Vertrauenskapitalstocks, den wir *Vertrauensakkumulation* nennen. Obwohl sich beide Prozesse in der Frist und in den jeweils benötigten Mitteln (Maßnahmen der Wirtschaftspolitik vs. Anstoßen eines kulturellen Wandels) unterscheiden, besteht dennoch die Dringlichkeit, mit beidem möglichst sofort nach der Bundestagswahl in der nächsten Legislaturperiode anzufangen – das hat die Diagnose zum nennenswerten Nachdenken über physische und innere Emigration in der jungen Generation in Abschnitt 2 klar gezeigt.

Ebendiese Diagnose in der Generation von Tomasz und Eric hat den Begriff *Wettbewerbsfähigkeit*, der in der wirtschaftspolitischen Debatte oft abstrakt und technisch verwendet wird, in einem plastischen Sinne angewandt und anschaulich gemacht. Denn Standorte befinden sich eben im Wettbewerb hinsichtlich der möglichen physischen Emigration, die in unserem Narrativ vor allem Tomasz umtreibt. Gleichzeitig konkurriert jeder Standort um das Vertrauen seiner Bürger, damit sie nicht in die innere Emigration kippen, wie dies vor allem bei Eric droht – und, falls er nicht physisch auswandert, potenziell auch bei Tomasz. Im Folgenden wollen wir Wege aufzeigen, wie Deutschland in dieser doppelten Konkurrenzsituation wieder wettbewerbsfähig werden kann, sowohl beim Preis-Leistungs-Verhältnis der staatlichen Aktivitäten als auch bei der Dynamisierung der privaten Aktivitäten.

In der Betrachtung der kurzen und der langen Frist bei der Neuordnung der Felder „Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates“ und „Dynamik der Wirtschaft“ werden wir einen jeweils anderen Maßnahmentyp in den Mittelpunkt stellen. Die kurzfristige Analyse benötigt vor allem *exogene/extrinsische* Maßnahmen, die wir *Anreiz-Blockaden-Löser* nennen. Die langfristige Analyse braucht hingegen das, was wir *Begriffs-Blockaden-Löser* nennen. Letztere sind dahingehend *endogen/intrinsisch*, als sie bezwecken, dass sich die Art und Weise ändert, wie wir über den Staat, die Dynamik der Wirtschaft sowie Arbeit, Kapital und Innovation öffentlich debattieren und damit die Begriffe mittel- und langfristig neu konnotiert werden. Weil die Ordnungsökonomik zahlreiche Bezüge zur Theorie kulturellen Wandels und zur Kulturellen Ökonomik aufweist (Blümle et al. 2004; Zweynert 2009), dominiert im Folgenden die langfristige Betrachtung mit ihren Begriffs-Blockaden-Lösern und eröffnet deshalb die Abschnitte 3.3 und 3.4. Zur kurzfristigen Betrachtung finden sich zahlreiche ausführliche Vorschläge für Anreiz-Blockaden-Löser in den Sonderausgaben der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 29. September 2023 und des *Handelsblatt* vom 11. Oktober 2024, die wir z.T. in Abschnitt 3.3 aufgreifen.

Ein letztes Wort zum Begriffsapparat. Da beim für die Diagnose verwendeten Apparat und vor allem bei den therapeutischen Empfehlungen z.T. *normative Aussagen* zur Sprache kommen, sei Folgendes zur normativen Ausrichtung angemerkt. Wir wollen weder bei unserer Diagnose noch bei unserer Therapie „kryptonormativ“ sein, also unsere Wertvorstellungen und -urteile verstecken oder diese in die Analyse hineinmengen. Bei der Frage, ob ein wettbewerbsfähiges Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates und eine dynamische Wirtschaft wünschenswert sind, treffen wir *kein unbedingtes Werturteil*, sondern – in der Tradition des Kritischen Rationalismus (Albert 1965; Vanberg 1997) – *ein bedingtes/hypothetisches Werturteil*. Dieses lautet: *Wenn* eine Gesellschaft den Wert der angewandten Nachhaltigkeit für ihre Entwicklung als wünschenswert einstuft, *dann* muss diese Gesellschaft in den Augen der jungen Generation einen Staat mit wettbewerbsfähigem Preis-

Leistungs-Verhältnis und eine langfristig dynamische Wirtschaft anstreben. Dabei behaupten wir auch hier nicht, dass das die einzigen Attraktoren seien, die Tomasz und Eric an Deutschland binden können – wohl aber, dass Mängel bei diesen beiden Attraktoren problematisch ist, weil diese Mängel die Wahrscheinlichkeit für physische oder innere Emigration bei Tomasz und Eric erhöht.

### 3.2 Vertrauensbildende Ordnungspolitik als langfristig ausgerichtete Angebotspolitik

Im Vorfeld der Bundestagswahl weist die aktuelle Debatte zur Wirtschaftspolitik zum ersten Mal nach vielen Jahren wieder einen klaren Lagerwahlkampf zwischen den zwei Hälften der politischen Mitte auf, die wir hier *Mitte-Rechts* und *Mitte-Links* nennen. Das ist deshalb erfreulich, weil die politische Mitte damit dem Bürger – auch Tomasz und Eric – wieder unterscheidbare Vorschläge unterbreitet. Schließlich steht das altgriechische Substantiv *krisis* nicht für „Krach“ oder „Niedergang“, sondern für „Debatte“ und „Kampf“, während das dazugehörige Verb *krinein* neben „debattieren“ und „kämpfen“ auch „an einer Weggabelung die Entscheidung treffen“ bedeutet (Koselleck 2006, 203–217).

Die zentrale Scheidelinie im Bundestagswahlkampf zeigt sich bei der *Entscheidung zwischen der Angebots- oder der Nachfrageseite*, auf der die aktuelle Malaise der deutschen Wirtschaft diagnostisch schwerpunktmäßig liegt und wo deshalb die Vertrauenserosion bei den Bürgern mit diese Seite adressierenden Maßnahmen therapeutisch zu überwinden ist. Auch wenn selbstverständlich beide Seiten immer zum Gesamtbild zusammengehören, ist die Wahl des wirtschaftspolitischen Schwerpunktes von Belang, denn sowohl die fiskalischen Ressourcen (auch bei einer reformierten Schuldenbremse) als auch die politische Energie bleiben knapp und müssen deshalb priorisiert werden. Nach der Bundestagswahl wäre somit die schwerpunktmäßige Entscheidung für den Politiktyp der einen Seite, also *Mitte-Rechts* oder *Mitte-Links*, wünschenswert: Sonst gerät die neue Bundesregierung erneut in die inneren Konflikte und Blockaden der Ampelkoalition.

Der *Mitte-Links*-Politiktyp fokussiert dabei auf die *Nachfrageseite*, während der *Mitte-Rechts*-Politiktyp seinen Schwerpunkt auf der *Angebotsseite* hat. Ein Fokus auf die Nachfrageseite hat den politischen Vorteil, dass die Maßnahmen oft kurzfristig orientiert sind und damit kurzfristige Effekte auslösen können, während ein Fokus auf die Angebotsseite die lange Frist anvisiert und damit im politischen Wettbewerb eher im Nachteil ist. Wenn wir etwa die Malaise der deutschen Automobilindustrie als aktuelles Beispiel nehmen, werden momentan fast täglich neue Ideen vorgetragen, wie etwa die Nachfrage nach Elektromobilität in Deutschland gesteigert werden kann. Angebotsseitig wäre es hingegen wichtiger, die Produktionsbedingungen hierzulande wieder

wettbewerbsfähig zu machen, so dass sich das Angebot an Autos mit hohem Wertschöpfungsanteil in Deutschland wieder ausdehnen kann (Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages 2024).

In den knapp drei Jahren seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich der Konsens in der Beurteilung der deutschen Wachstumsschwäche verfestigt, dass die andauernde Rezession *nicht kurzfristig-konjunktureller, sondern langfristig-struktureller Natur* ist (Bundesministerium der Finanzen 2023; Sachverständigenrat 2023, Kapitel II; Olk 2023; Höltschi 2023; Braunberger 2024; Fuest 2024; Fratzscher 2024). Deshalb wählen wir für die Ordnungspolitik der folgenden therapeutischen Empfehlungen das Prisma der *Angebotspolitik*. Das passt außerdem gut zur *angewandten Nachhaltigkeit* hinsichtlich Tomasz und Eric. Ihre Entscheidungen für oder gegen Emigration haben nämlich wenig mit kurzfristigen konjunkturellen Nachfrageimpulsen zu tun, die für ein Strohfeuer in bestimmten Industrien oder einen kurzfristigen makroökonomischen Boom sorgen können. Emigrationsentscheidungen, wie auch Entscheidungen für den eigenen Häuserbau oder für Kinder, sind per se langfristig ausgerichtet.

Die entscheidende Seite der Wirtschaftspolitik sind somit die langfristigen Angebotsbedingungen eines Standortes, für den man sich im eigenen Lebensentwurf entscheidet und an dem man – in den Fällen von Tomasz und Eric für die kommenden etwa 45 Jahre – das eigene Angebot an Arbeitskraft, Ersparnissen und Innovativität in die makroökonomischen Prozesse dieses Standortes einspeist. Wenn es gelingt, dass die politischen Anstrengungen hin zu diesem Neuordnen der Angebotsbedingungen bei Tomasz und Eric als *langfristig glaubhaft* ankommt, werden sie in ihren Erwartungen einen *Vertrauensneustart* verzeichnen. Und wenn diese Erwartungen mittel- und langfristig nicht wieder enttäuscht werden, führt das auch zur *Vertrauensakkumulation*. Einen solchen Politikfokus auf die Angebotsbedingungen, der Tomasz und Eric von ihrer jeweiligen Emigrationsentscheidung abbringt, nennen wir deshalb *angebotspolitische Wende*.

Gegeben diese Festlegung auf die langfristigen Angebotsbedingungen und damit das Wachstumspotenzial, anstatt kurzfristiger Nachfragebedingungen und konjunktureller Schwankungen, kann man den hierfür analytisch benötigten Zusammenhang mit der Figur der Produktionsfunktion beschreiben. Dabei wird der *Output*  $Y$  aus den drei Inputs (auch genannt Produktionsfakten) *Arbeit* ( $L$ ), *Kapital* ( $K$ ) und *Technologie* ( $A$ ) hergestellt, der Input *Technologie* stark mit den *Innovationen* in dieser Wirtschaft zusammenhängt. Für die Messung des *Output* wird üblicherweise das ein Maß aus der Begriffsfamilie Bruttosozialprodukt/Bruttoinlandsprodukt verwendet. Bekanntlich sind diese Maße zwar unvollkommene Indikatoren, aber es ist eine zulängliche Näherung, da er mit den meisten Komponenten des bereiter gefassten

Wohlstandsbegriffes im Human Development Index sowie mit Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens aus der Glücksforschung hoch korreliert ist (Kassenböhrer/Schmidt 2011; Janson 2023).

Führt man dabei die zuerst aufgeführte langfristige Betrachtung der Begriffs-Blockaden-Löser mit der kurzfristigen Betrachtung der Anreiz-Blockaden-Löser über die drei Faktoren hinweg zusammen, kann bereits folgendes Ergebnis vorweggenommen werden: Sowohl für die Individuen als auch für die Ordnung hat *Wohlstand für alle* heute viel mit *Resilienz für alle* zu tun, also mit der Fähigkeit, mit materiellem und kulturellem Wandel selbstbestimmt umzugehen und dabei Rückschläge durch die Fähigkeit zum Zurückfedern wieder auszugleichen (Brunnermeier 2021; 2024). In diesem Sinne kann die Fähigkeit zur Resilienz in unserer Zeit besonderer Strukturbrüche im Sinne einer neuen *irenischen Formel* zum Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik im 21. Jahrhundert werden. Dieses Herzstück wäre imstande zu helfen, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, indem die materiellen und ideellen Gegensätze in der deutschen Gesellschaft neu ausgehandelt und ausbalanciert werden (Müller-Armack 1950; Erhard 1957; Goldschmidt/Kolev 2023).

### 3.3 Verbesserungen im Preis-Leistungs-Verhältnis des deutschen Staates

#### Neue Debattenkultur durch Begriffs-Blockaden-Löser „Preis-Leistungs-Verhältnis“ und „qualitativer Staat“

Zunächst werden in dieser Analyse die Aktivitäten des Staates als (nicht-marktliche) Leistungen betrachtet, für die die Bürger verschiedene (nicht-marktliche) Preise zu entrichten haben. Dass die Analogie unvollkommen ist, ist uns bewusst – etwa weil Steuern gemäß des finanzwissenschaftlichen Nonaffektationsprinzips nicht den Ausgaben für einzelne Leistungen des Staates zugerechnet werden dürfen. Dennoch ist die Analogie zielführend und für die wirtschaftspolitische Debatte sogar eine Bereicherung. Denn in der Debatte um den *quantitativ bemessenen Staat (wie viel Staat?)* kollidieren regelmäßig diejenigen, welche den Preis (etwa die Steuern) für zu hoch halten und diesen deshalb senken oder gar „minimieren“ wollen, mit denjenigen, welche die Leistungen (etwa in der Daseinsfürsorge) für zu niedrig halten und diese deshalb erhöhen oder gar „maximieren“ wollen. Diese Kollision lässt sich per se schlecht auflösen und endet oft nicht nur unproduktiv, sondern auch polarisierend. Denkt man aber bei den Kategorien nicht separat über Preise und über Leistungen nach, sondern über deren Verhältnis, lässt sich eine andere Debatte führen, nämlich über den *qualitativ bestimmten Staat (welcher Staat?)*. Diese kann sehr viel ergiebiger ablaufen als die Debatte über den quantitativ bemessenen Staat. Denn diese Debatte

setzt voraus, dass man zunächst über die Qualität der Leistungen nachdenkt – etwa über die Frage, was Bildung in Zeiten von KI genau bedeutet oder was digitale Infrastruktur in Zeiten geökonomischer Spannungen heißt. Sobald man diese Qualitätsdebatte mittels Konsens oder (was wahrscheinlicher ist) Kompromiss vorläufig abgeschlossen hat, lässt sich dann die zweite Teildebatte über den Preis führen. Beide Teildebatten schließen auch die Frage ein, durch welche genaue Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft die Bereitstellung der Leistung Bildung bzw. digitale Infrastruktur in der zuvor beschlossenen Qualität am preisgünstigsten erfolgen kann.

Hinsichtlich der Leistungen unterscheiden wir zwei Ebenen: *den ermöglichenden (oder unterstützenden) Staat* und *den erstellenden (oder produzierenden) Staat*.

- *Der ermöglichende Staat* unterstützt Tomasz und Eric vor allem mit zwei Leistungen: dem *Rahmen* und der *Leiter*. Beim Rahmen geht es um das langfristig orientierte Ordnen der Spielregeln in Wirtschaft und Gesellschaft und die daraus resultierende Erwartungssicherheit für die langfristigen Entscheidungen der 25-Jährigen. Die *Leiter*, also die Zugänglichkeit von Positionen in Wirtschaft, Politik oder Verwaltung, ist wiederum relevant für den eigenen Aufstieg und denjenigen der eigenen Kinder im Sinne der sozialen Mobilität und wird dabei – je nach Qualität – mit mehr oder weniger Friktionen erklommen.
- *Der erstellende Staat* produziert weitere Leistungen, die wir in die Kategorien Daseinsfürsorge und Infrastruktur unterteilen. Bei ersterer geht es um eine Vielzahl von Gütern, die z.T. komplementär von staatlichen, marktlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bereitgestellt werden, dabei vor allem Bildung, Gesundheit und Alterssicherung. Bei letzterer wiederum geht es vor allem um die physische Infrastruktur wie Straße und Schiene sowie um die digitale Infrastruktur, wieder z.T. in komplementärer Produktion verschiedener Akteure.

Hinsichtlich der Preise unterscheiden wir vor allem *Steuern und Abgaben* und *Bürokratiekosten* (zu Fragen der *Schuldenlast* verweisen wir auf das Gutachten für DIE JUNGEN UNTERNEHMER von Hagist 2024). Dabei erscheint es plausibel anzunehmen, dass Menschen vor allem dafür arbeiten, um für sich selbst Wohlstand aufzubauen. Ebenso plausibel erscheint es, dass Menschen auch bereit sind, ihren Anteil zur Gesellschaft beizutragen, einschließlich eines gewissen Geduldsfadens für die Imperfektionen staatlicher Leistungen, solange:

- Preis und Leistung sich insgesamt die Waage halten,
- glaubwürdige Fähigkeit zur staatlichen Selbstkritik und damit Besserung besteht,
- unnötige oder schlechte Leistungen regelmäßig überdacht und abgeschafft werden.

Entscheidend für das Preis-Leistungs-Verhältnis ist dessen *subjektive Wahrnehmung in Zeit und Raum*. Dabei sind dessen Entwicklung im Zeitverlauf sowie der Querschnittsvergleich zu anderen Standorten heute von Belang – und damit die *Wettbewerbsfähigkeit* des Preis-Leistungs-Verhältnisses. Was sich also an der subjektiven Wahrnehmung im Verlauf des eigenen Lebens von Tomasz und Eric oder in den Narrativen von Eltern, Lehrern und älteren Freunden verändert und damit die Erwartungen der 25-Jährigen über das künftige Preis-Leistungs-Verhältnis subjektiv ableiten lässt, ist für die Emigrationsentscheidung relevant. Ein solches Beispiel war der oft dysfunktional aussehende deutsche Staat während der Corona-Pandemie (Schularick 2021). Das Beispiel der Rentenversicherung und ihrer fortschreitenden Vertrauenserosion durch das Verteilen von fiskalisch ungedeckten Ansprüchen und damit der Erzeugung einer „impliziten Staatsverschuldung“ ist ein mahnendes Beispiel (Marques 2023; Hagist 2024). Die Wahrnehmung lebt nicht nur von zeitlichen Verschiebungen, sondern genauso vom Vergleich mit anderen, mit Deutschland im Wettbewerb um Fachkräfte stehenden Standorten heute – ob mit anderen EU-Ländern, der Schweiz, Großbritannien oder den USA.

### Balancierung des Preis-Leistungs-Verhältnisses durch Anreiz-Blockaden-Löser

Die neue Debattenkultur dank der oben beschriebenen Begriffs-Blockaden-Löser kann Gestalt annehmen, indem die Fokussierung der Debatte vom isolieren Fokus auf Preise *oder* Leistungen sowie vom Fokus auf den quantitativen Staat abbrückt – und im Anschluss eine klare Reformagenda zur Beseitigung von blockierenden Anreizen bei der Kombination aus Preisen und Leistungen eines qualitativen Staates aufgestellt wird.

Angesichts der zahlreichen möglichen Anreiz-Blockaden-Löser behandeln wir diese stichpunktartig. Es geht dabei um folgende Blöcke und dabei vor allem (nicht ausschließlich) um folgende Einzelmaßnahmen:

### Steuern

- Direkte Steuern senken, vor allem Mittelstandsbauch abbauen:
  - Für Tomasz und Eric ist es wichtig, dass Bürger ca. ab dem 25. Lebensjahr Netto-Kostenträger staatlicher Leistungen werden. Damit befinden sich Tomasz und Eric genau in der Übergangszeit, persönlich mit dem Preis-Leistungsverhältnis konfrontiert zu werden, ab dem sie einen positiven Preis zu entrichten beginnen.

- Gegeben den im Vergleich zu den unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten deutlich steiler ansteigenden Einkommensteuertarif, bedeutet der Mittelstandsbauch gerade in diesem Alter für frischgebackene „Meister und Master“ schnell steigende und hohe Belastungen, und das ausgerechnet in der kritischen Zeit zwischen Berufseinstieg und Familiengründung.
- Somit wäre ein Abbau des Mittelstandsbauchs unverändert wichtig, da dieser Abbau Aufstiegsanreize setzt und damit Tomasz und Eric mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an Deutschland bindet.
- Fatal für das Vertrauen in die Fairness des Fiskus wirkt sich aus, wenn sogar der Abbau der kalten Progression (wie vor Weihnachten 2024) in Frage gestellt wird.
- Indirekte Steuern sind im Vergleich zu den direkten Steuern gleichmäßiger im Lebenszyklus verteilt, verlieren in der letzten Zeit an relativer Bedeutung für den Fiskus und sind mittlerweile EU-weit stark harmonisiert.
- Unternehmenssteuer senken und vereinfachen:
  - Deutschland hat im internationalen Vergleich eine hohe Unternehmenssteuerbelastung und ist innerhalb der G7 Spitzenreiter.
  - Abschreibungsmöglichkeiten verstetigen, weil das Investitionsanreize schafft.
  - Dagegen war das bisherige Subventions- und Förderungssystem erratisch und unübersichtlich. Das industriepolitische Hin-und-Her favorisiert große, alte und etablierte Unternehmen, wie u.a. das gescheiterte Beispiel Intel zeigte.
- Umweltsteuern fokussieren und mit Klimageld flankieren:
  - Besteuerung von CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist eine indirekte Besteuerung und ist die marktwirtschaftliche Alternative zu Subventionen, Produktionsverboten oder Vorschriften.
  - Ausschüttung eines Klimageldes für die Legitimation dieser Besteuerung und der damit verbundenen Inflationsgefahr ist zentral und muss glaubhaft dem Bürger versprochen werden.

### Sozialabgaben

- Die heute existierenden Sozialversicherungssysteme, besonders das Rentensystem, sind das Gegenteil zur angewandten Nachhaltigkeit und damit eine Gefahr gerade für junge Menschen. Ein immer höherer Zuschuss aus Bundesmitteln kommt zu den hohen Rentenbeiträgen hinzu.



- Diese Systeme gefährden jegliche ökonomische Nachhaltigkeit, indem sie seit Jahren eine „implizite Staatsverschuldung“ in Form vom Versprechen fiskalisch ungedeckter Ansprüche erzeugen.
- Deshalb Anreize zu frühem Renteneintritt verringern: Abschlagfreien vorgezogenen Rentenbezug abschaffen und Abschlaghöhe anheben.
- Großzügige Hinzuverdienstmöglichkeit nach Renteneintritt ermöglichen.
- Kapitalgedeckte Elemente in die Rentenversicherung einbauen, nach norwegischem (staatliche Anlage) oder schwedischem (verbindliche private Anlage) Vorbild.

### Bürokratie

- Bürokratie als Querschnittsthema der Preise und Leistungen verorten.
- Bürokratie als Kosten für die Interaktion mit dem Staat verstehen, so dass sie bei hohen Kosten den praktischen Wert der Leistungen mindert.
- Die hohe Frustration, die sich beim Thema Bürokratie für Bürger und Unternehmen inzwischen angesammelt hat, nicht unterschätzen.
- Überbordende Bürokratie erzeugt einen doppelten Vertrauensverlust:
  - Einerseits schafft es der Staat nicht mehr, viele seiner Kernaufgaben in ausreichender Qualität zu erfüllen.
  - Andererseits stoßen die neu hinzukommenden Staatsaufgaben, etwa beim Klimaschutz, aufgrund der Nichterfüllung der Kernaufgaben auf immer weniger Zustimmung.
- Abhilfe über Verringerung quantitativer Menge an Normen, der Normintensität und oder der übermäßigen bürokratischen Organisation anstreben.
- Digitalisierung neu ordnen:
  - Digitalisierung als Querschnittsthema beim Wohlstandsversprechen eines Standortes auf allen staatlichen Ebenen kritisch evaluieren.
  - „Versunkene Kosten“ für bisherige IT-Lösungen als solche akzeptieren und, wenn nötig, radikal neue IT-Lösungen aufsetzen.

### Infrastruktur

- Marode Infrastruktur untergräbt täglich das Ordnungsvertrauen, verstärkt durch eindrückliche Schockmomente wie den Einsturz der Carola-Brücke in Dresden. Das Bild der in der Elbe liegenden Brücke ist bei Tomasz und Eric tief ins Gedächtnis gerückt.

- Auch in guten Jahren wie zwischen 2011 und 2021 investierte der deutsche Staat lediglich etwas über 2 % des BIP, während der EU-Schnitt 2021 bei 3,25 Prozent lag. Damit belegt Deutschland den drittletzten Platz in der EU.
- Deshalb müssen dringend und nachhaltig Spielräume für Investitionen in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen höher priorisiert werden.
- Trotzdem bliebe auch bei höheren Investitionsausgaben das Geschwindigkeitsproblem bei der Umsetzung großer Bauvorhaben in Deutschland. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen, wie in der letzten Legislaturperiode bereits begonnen, weiter vereinfacht und beschleunigt werden.

### Gesundheit

- Allein die Suche nach neuen Finanzierungsquellen verspricht keine nachhaltige Lösung, solange Fehlanreize im System bestehen bleiben.
- Dringend müssen marktwirtschaftliche Steuerungselemente eingebaut werden:
  - In der ambulanten Versorgung braucht es dazu Vertragsfreiheiten für Krankenkassen und Anbieter von ambulanten Versorgungsleistungen, vor allem aber ein Preissignal, das kostenbewusste Entscheidungen der Versicherten belohnt.
  - Auch im stationären Bereich braucht es dringend einen echten Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern, der sich für diejenigen tatsächlich auszahlt, die besonders kostenbewusst operieren.

### Bildung

- Tomasz und Eric haben mit dem sächsischen Bildungssystem größtenteils gute Erfahrungen gemacht. Allerdings zeigte die Corona-Pandemie, wie wenig belastbar die digitalen Abläufe im System sind.
- Das Geflecht des Föderalismus bei den Aufgaben und Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen ist im Bildungsbereich fundamental zu evaluieren.
- Was genau Bildung heute in der Schule und Hochschule bedeutet, ist ungewisser als in früheren Jahren und muss unter Einbeziehung der Schüler und Studierenden neu bewertet werden.
- Der steigende Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund erfordert einen noch stärkeren Fokus auf Chancengerechtigkeit, damit der Erfolg in Wirtschaft und Gesellschaft von den Privilegien des Elternhauses möglichst entkoppelt wird. Maßnahmen wie das neue

Startchancenprogramm des Bundes für Schulen in Brennpunkten geht hierbei in die richtige Richtung.

### 3.4 Dynamisierung der deutschen Wirtschaft

#### 3.4.1 Neue Arbeitskultur

##### Neue Arbeitskultur durch Begriffs-Blockaden-Löser

Arbeit und Unternehmertum sind in der deutschen Gesellschaft sehr häufig negativ konnotiert. Beim öffentlichen Bild vom Unternehmertum liegt dies nicht zuletzt auch daran, dass es in Schulbüchern und im Schulunterricht sowohl zu kurz kommt als auch häufig durch eine ideologisch aufgeladene, marktskeptische Brille vermittelt wird (Goldschmidt/Kron/Rehm 2024). Beide Begriffe, Arbeit und Unternehmertum, werden von jungen Menschen vor allem im Lichte der persönlichen oder gesellschaftlichen Ausbeutung wahrgenommen. Unternehmertum wiederum wird häufig mit extrem erfolgreichen Beispielen wie Elon Musk, Jeff Bezos oder Mark Zuckerberg in Verbindung gebracht, was für die eigene Initiative nicht nur motivierend, sondern auch abschreckend wirken kann. Stattdessen wäre es angemessen, jegliche selbständige Führung des eigenen Lebensentwurfs und dessen Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft als Unternehmertum im weiteren Sinne zu verstehen – bei aller (auch berechtigten) Kritik eines so gefassten Unternehmertumbegriffs (Sarasin 2007).

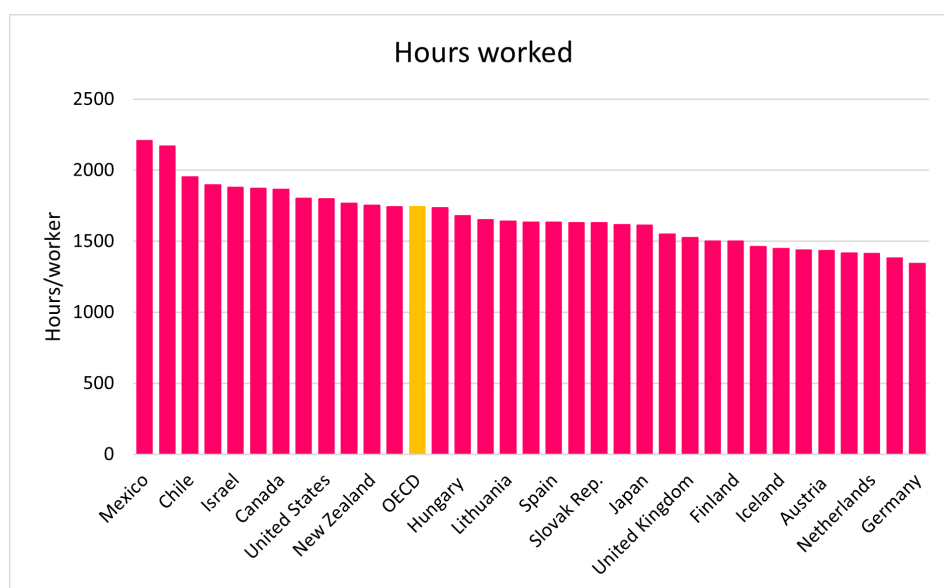
Eine derart negativ gefärbte Debatte hat Einfluss darauf, was wir hier übergreifend „Arbeitskultur“ nennen wollen. Diese wird heute oft mit dem Begriff einer Work-Life-Balance in Verbindung gebracht. Gegen das Anstreben einer solchen Balance ist per se wenig einzuwenden, der Wunsch nach steigender Freizeit ist allerdings mit dem Wohlstand auszubalancieren, der aus der Arbeitszeit bezogen werden soll. Hierbei stellt sich deshalb die Frage des Maßes dieser Balance, und dieses Maß hat zweifellos viel mit (persönlicher) *angewandter Nachhaltigkeit* zu tun. Bundeskanzler Ludwig Erhard hielt in seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1963 fest: „Lassen Sie mich ein offenes Wort sprechen: Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten. Die Arbeit ist und bleibt die Grundlage des Wohlstandes.“ (Erhard 1963).

Klar ist, dass der Wohlstand des Einzelnen sowie der Gesellschaft von Arbeit und Unternehmertum ganz wesentlich abhängt. Das ist eine Tatsache, die unabhängig vom Wirtschaftssystem gilt. Adam Smith und Karl Marx waren sich in diesem Punkt ziemlich einig, und zwar unabhängig von ihrer heute nicht mehr gängigen Arbeitswertlehre. Smith hält im allerersten Satz des „Wohlstand der Nationen“ fest, dass er die Quelle des Wohlstands vor allem in der Arbeit und der Arbeitsteilung verortet (Smith 1776). Marx spitzt die Unverzichtbarkeit von Arbeit für die

Gesellschaft weiter zu: „Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind.“ (Marx 1868).

In den vergangenen Jahren hat sich die Debatte über das Maß zwischen Arbeits- und Freizeit eher in die entgegengesetzte Richtung gedreht, also zulasten der relativen Bedeutung der Arbeitszeit. In manch einer Debatte kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, Arbeit sei so etwas wie „eine zu minimierende Lästigkeit“ geworden. Der erste Streik der IG Metall mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fand 1984 statt. Nicht nur die Tarifpartner, auch die Politik hat sich in diesem Zusammenhang der Vorstellung hingegeben, dass sich die zurückgehende Arbeitszeit durch Produktivitätsgewinne ausgleichen lässt, so dass keine Wohlstandsverluste entstehen sollen (Koch 2024).

Folgende Übersicht zur durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen in den OECD-Ländern zeigt, dass Deutschland den bemerkenswerten Platz mit den niedrigsten Arbeitsstunden pro Jahr einnimmt. Selbstverständlich liegen dieser Entwicklung hierzulande zahlreiche Faktoren zugrunde, etwa der hohe Anteil an weiblichen Teilzeitbeschäftigten oder die hohe Anzahl an gesetzlichen Feiertagen.



**Abbildung 16: Anzahl durchschnittlich geleisteter Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 2023**  
Quelle: OECD (2024)

Der Ländervergleich dieser Statistik zeigt: Während 2023 in Deutschland im Durchschnitt etwa 1300 Stunden pro Jahr gearbeitet wurde, waren es in Griechenland, Israel und Kanada etwa 1900 Stunden, in Polen und den USA etwa 1800 Stunden, in Italien und Ungarn etwa 1700 Stunden.

Das Problem daran: Die Produktivitätszuwächse, die in früheren Jahrzehnten die im Zeitverlauf zurückgehenden Arbeitsstunden (über-)kompensieren konnten, bleiben – trotz der schier

unglaublichen technologischen Dynamik unserer Zeit – in Deutschland (und vielen anderen Ländern) seit über 10 Jahren aus.

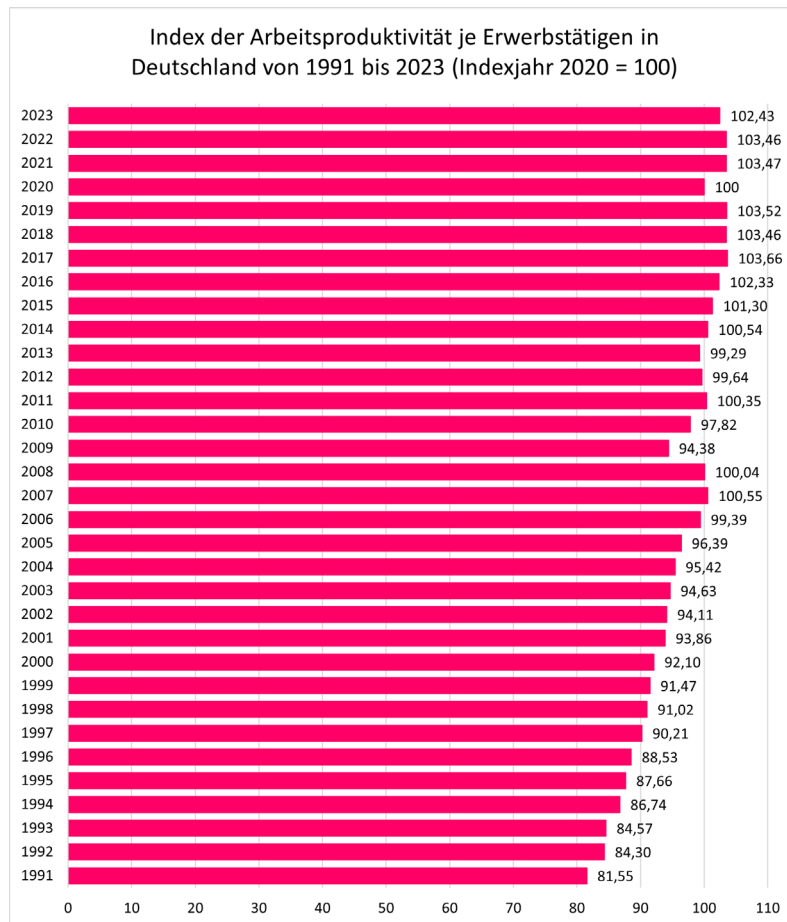


Abbildung 17: Entwicklung der deutschen Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen 1991–2023  
Quelle: Statista Research Department (2024a)

Falls also „*Wohlstand für Junge*“ im Sinne der angewandten Nachhaltigkeit auch in der künftigen Lebenszeit von Tomasz und Eric in Deutschland ein gesellschaftliches Ziel bleiben soll, ist klar, dass sich der Blick von Gesellschaft und Politik auf Arbeit und Unternehmertum wandeln muss. Das Konzept einer *Leistungsgesellschaft*, von dem sich das Wohlstandsnarrativ in den letzten Jahrzehnten zunehmend entfernt hat, darf politisch nicht länger als vermeintliche Zumutung gemieden werden. Neben der gesellschaftlichen Notwendigkeit der Leistungsbereitschaft muss dabei der *persönliche Aufstiegsgedanke durch selbstbestimmtes Unternehmertum des eigenen Lebens* in den Mittelpunkt der Debatte gerückt werden.

Die INSA-Umfrage in Abschnitt 2.2 zeigt sehr deutlich, dass gerade in der jungen Generation neues Vertrauen in das Aufstiegsversprechen der Gesellschaft dringend erforderlich ist, denn dieses erodiert. 41 % der dort Befragten 18- bis 25-Jährigen glauben nicht daran, dass sie es durch Fleiß

und harte Arbeit in Deutschland einmal besser haben können als ihre Elterngeneration (16 % der Befragten haben diesem Misstrauen mit „absolut“ zugestimmt, 25 % mit „eher“).

### Entfesselung des Faktors Arbeit durch Anreiz-Blockaden-Löser

Neben dieser *langfristigen* Verschiebung in den Debatten hinsichtlich der *Begriffs-Blockaden-Löser* bei Arbeit, Unternehmertum, Leistung und Aufstieg, sind *kurzfristig* die Spielregeln des Ordnungsrahmens mittels *Anreiz-Blockaden-Lösern* so anzupassen, damit sich Arbeit und Unternehmertum für den Einzelnen lohnen und durch das Auflösen der dysfunktionalen Anreize entfesselt werden können. In den Debatten während und vor allem nach der Bundestagswahl wird es dafür notwendig sein, oft unbequeme Wahrheiten zu adressieren. Wie in Abschnitt 3.2 begründet, fokussieren wir auch beim Faktor Arbeit vor allem auf seine Angebotsseite.

Angesichts der zahlreichen möglichen Anreiz-Blockaden-Löser behandeln wir diese stichpunktartig. Es geht dabei um folgende Blöcke und dabei vor allem (nicht ausschließlich) um folgende Einzelmaßnahmen:

- Leistungsfeindliche Nachteile im Steuersystem abbauen:
  - Einkommensteuerprogression abflachen.
  - Einkommensteuertarifs in denjenigen Bereichen, die Mehrarbeit besonders unattraktiv machen und damit leistungsfeindlich wirken, reformieren.
  - Weitere Anreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen, in Ausbildung und Weiterbildung der Arbeitnehmer zu investieren.
- Flexibilisierung beim Renteneintritt ermöglichen:
  - Frühverrentungsregelungen abschmelzen und Anpassungsmodelle an die Lebenserwartung diskutieren.
  - Flexible Renteneintrittsmodelle mit Zu- und Abschlägen auf ihre Anreiz- und Finanzierungsaspekte prüfen.
- Abstand zwischen Niedriglöhnen und den Leistungen des Sozialstaates erhöhen:
  - Produktivität von Geringqualifizierten durch Weiterbildung steigern.
  - Leistungsfeindlicher Aspekte von Sozialleistungen, etwa beim Bürgergeld, abschmelzen.
- Anreize zur Reduzierung unfreiwilliger Teilzeitarbeit schaffen:
  - bei Frauen, und zwar durch bessere Infrastruktur an Kitas und Ganztageseinrichtungen.

- bei Rentnern, und zwar durch großzügige Freibeträge, damit sich Arbeit im Alter, auch in Teilzeit, lohnt.
- bei Schulabgängern ohne Abschluss, und zwar durch Anreize zur Finalisierung ihrer Schulbildung mit flexiblen Wiedereinstiegsmodellen ins Bildungssystem.
- Migration und Integration zu eigenem Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik machen:
  - Einwanderungsmodelle für qualifizierte Migration, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen anderer westlicher Demokratien, zunächst testweise einführen und ständig auf ihre Effekte evaluieren.
  - Migranten ohne ausreichende Sprachkenntnisse in den Arbeitsmarkt integrieren und dadurch die Sprachkenntnisse im Zuge des Arbeitsprozesses steigern.
  - Kindern von Migranten echte Chancengerechtigkeit bieten und diese gesellschaftlich glaubhaft kommunizieren.
  - Anerkennung von Qualifikationsnachweisen ausländischer Arbeitnehmer beschleunigen.
- Weitere bürokratische Hürden am Arbeitsmarkt abbauen:
  - Anmeldung von Arbeitskräften oder von Arbeitsverträgen vereinfachen, wie die 2024 eingeführte Möglichkeit elektronisch unterschriebener Arbeitsverträge.
  - Verfahren bei Gründungen und Selbstständigkeit beschleunigen, etwa bei der Anmeldung neuer Gewerbe.

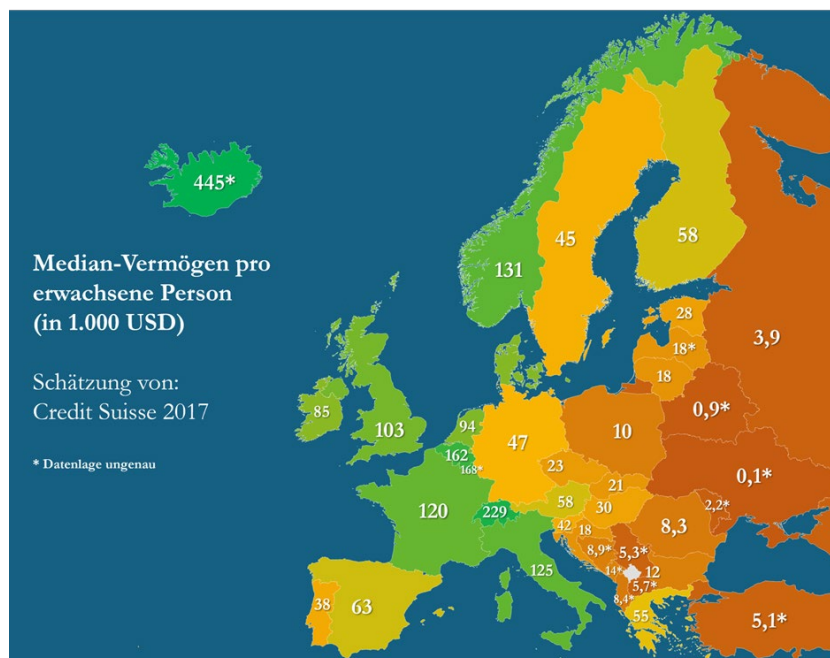
### 3.4.2 Neue Kapitalmarktkultur

#### Neue Kapitalmarktkultur durch Begriffs-Blockaden-Löser

Der Entwicklung des deutschen und europäischen Kapitalmarktes ist aus der Perspektive des einzelnen Anlegers als Kapitalgeber sowie aus der Perspektive der Kapitalnehmer zu beleuchten. Damit beeinflusst dieser Markt nicht nur den individuellen Vermögensaufbau von Tomasz und Eric, sondern auch die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes, welche wiederum die (Bleibe-)Perspektiven der beiden maßgeblich mitbestimmt (Naumer 2024). Dass es um den deutschen Kapitalmarkt nicht gut bestellt ist, überrascht kaum, wenn man folgende Aussage des damaligen Bundesfinanzministers Olaf Scholz vom September 2019 liest:

„Ich habe öffentlich bekundet, dass ich überhaupt gar keine besonderen Geldanlageformen betreibe, sondern alles auf dem Sparguthaben lasse oder auf dem Girokonto, was ja gegenwärtig nichts austrägt. Da geht es mir wie allen anderen.“

Während also andere Länder wie Norwegen, Schweden und die Niederlande die mentalen Schranken zum Kapitalmarkt seit Jahrzehnten abzubauen versuchen, indem sie mit verschiedenen Instrumenten ihre Rentensysteme an den Kapitalmarkt gekoppelt haben, bedient ein deutscher Finanzminister mit seiner Rhetorik die antikapitalistischen Vorurteile der Bevölkerung. Diese Evidenz ist mehr als nur anekdotisch: Es lässt sich vielmehr kausal zeigen, dass Vorurteile gegenüber Aktienbesitzern die Investitionen in Aktien hemmen (Henkel/Zimpelmann 2023). Bei einer solchen Weigerung, an den Gewinnen des Kapitalmarktes zu partizipieren, ist es nur konsequent, dass – bei aller Komplexität von Vermögensstatistiken, vor allem wegen der Bewertung von Immobilien und Rentenansprüchen – die Deutschen trotz der hohen Einkommen hierzulande bei den Pro-Kopf-Vermögen international regelmäßig schlecht abschneiden.



**Abbildung 18: Medianvermögen pro Kopf in ausgewählten Ländern 2017**

Da Vermögen in der Bevölkerung der meisten Länder stark ungleich verteilt sind, verzerren die hohen Vermögen der besonders Wohlhabenden den Wert „Durchschnittsvermögen“ in besonderem Maße. Deshalb wird in den meisten Analysen auf den Wert „Medianvermögen“ als aussagefähig verwiesen, und wie man in Abbildung 18 sieht, schnitt der Mediandeutsche hierbei im Jahr 2017 nicht nur deutlich schlechter als der Medianfranzose, -brite und -niederländer ab, sondern sogar schlechter als der Mediangriechen, und das nach den Einbrüchen des griechen Immobilienmarktes im Zuge der Eurokrise. Angesichts dieser Unfähigkeit, die eigenen Ersparnisse national oder international renditestark anzulegen, spricht man schon länger vom „stupid German money“ (Hünnekes/Schularick/Trebesch 2019).

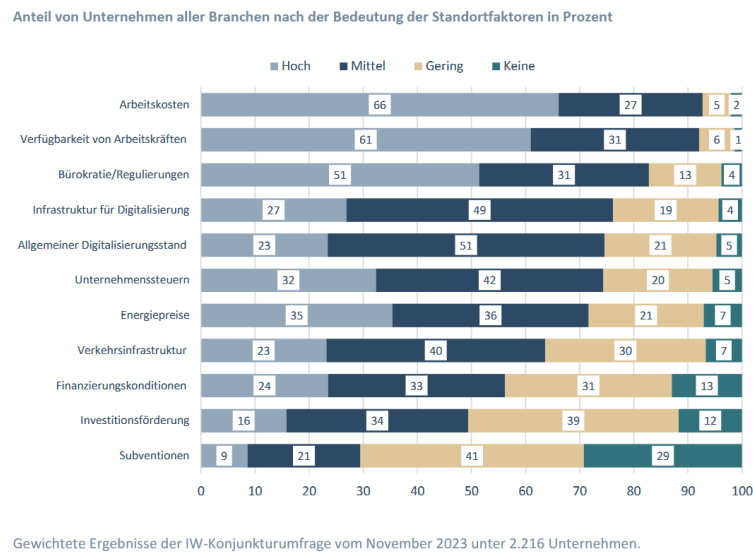


Ein Lichtblick hierbei ist, dass nach aktuellen Studien die Einstellungen der jungen Deutschen zur Altersvorsorge stark im Wandel begriffen sind. Demnach investieren 50 % der jungen Erwachsenen bei ihrer Altersvorsorge in Aktien oder Fonds – ein sehr deutlicher Anstieg gegenüber den 14 % im Jahr 2013 (Wolfert et al. 2022). Diese Studie arbeitet außerdem heraus, dass ein Treiber hinter dieser beachtlichen Entwicklung wohl die Angst vor Altersarmut ist, denn 80 % von den befragten 17- bis 27-Jährigen haben diese Angst bekundet. Angesichts der steigenden Armutsgefährdungsquote bei Senioren (Statista 2024) ist diese Angst begründet, falls im deutschen Rentensystem kein grundlegender Umbau beginnt.

Gegeben die jahrelang im internationalen Vergleich hohe Sparquote hierzulande, verfügen deutsche Sparer aktuell über etwa 2,2 Billionen Euro in Bar- oder Sichteinlagen (Stappel 2024). Diese für den Aktienmarkt ungenutzte Ressource stellt eine versäumte Chance dar: Laut dieser Studie sind den deutschen Anlegern zwischen 2011 und 2024 geschätzte 700 Milliarden Euro an Einkommen entgangen, da sie ihr Kapital nicht am Aktienmarkt investierten. Dieses fehlende Kapitalangebot bremst die Finanzierungsmöglichkeiten aus, etwa für die ökologische Transformation. Allein diese Facette der Transformation benötigt laut der KfW bis zum Jahr 2050 in Deutschland etwa 5 Billionen Euro (KfW Research 2021) – große Summen zu mobilisieren. Eine andere Rechnung zeigt auf, dass bereits die Mobilisierung von nur 4% des Vermögens, welches in und Bar- und Sichteinlagen auf deutschen Konten liegt, die Hälfte der klimafreundlichen Investitionen für das Jahr 2025 finanzieren könnte (Nagel 2021).

Nimmt man nun die Perspektive des Kapitalmarktes und dabei der kapitalnachfragenden Unternehmen an, so ist ein zentrales Manko des deutschen Marktes, Gründungen in ihrer Wachstumsphase nicht ausreichend zu finanzieren, welche aus der Start-Up-Phase hinausgewachsen sind und nun ein Upscaling ihres Geschäftsmodells anstreben (Hinrichs 2024). Was ebenso wenig der Verfügbarkeit von Kapital hilft, ist der starke Abfluss an Investitionen aus Deutschland in den vergangenen Jahren angesichts der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Preisbereinigte Investitionen in Maschinen und Geräte gehen hierzulande seit 2019 zurück, während deutsche Firmen unverändert im Ausland, aktuell besonders stark in den USA, investieren (Rusche 2023; Bundesbank 2024). Das ist für die Gesamtinvestitionen am Standort Deutschland fatal, da etwa 90 % der gesamten Investitionstätigkeit hierzulande privat ist und – trotz all der Hitze in der Debatte um die Schuldenbremse in den vergangenen Jahren – nur 10 % der jährlich getätigten Investitionen vom Staat stammen. Dass der Staat in den vergangenen Jahren zu wenig investiert hat, ist kaum umstritten: In bestimmten Zeitabschnitten waren die Nettoinvestitionen sogar negativ, d.h. der Verschleiß am Kapitalstock des Staates war höher als die

in dem Zeitraum getätigten Bruttoinvestitionen in diesen Kapitalstock (Grömling/Wiechers/Wortmann 2024).



**Abbildung 19: Relative Bedeutung einzelner Standortfaktoren 2023**  
Quelle: Grömling/Wiechers/Wortmann (2024)

### Entfesselung des Faktors Kapital durch Anreiz-Blockaden-Löser

Neben dieser *langfristigen* Verschiebung in den Debatten hinsichtlich der *Begriffs-Blockaden-Löser* bei Kapital, Kapitalmarkt, Kapitaldeckung der Rentenversicherung und Vermögensaufbau, sind *kurzfristig* die Spielregeln des Ordnungsrahmens mittels *Anreiz-Blockaden-Lösern* so anzupassen, damit sich der Kapitalmarkt für den einzelnen Anleger und die kapitalnachfragenden Unternehmen verstärkt lohnt.

Angesichts der zahlreichen möglichen Anreiz-Blockaden-Löser behandeln wir diese stichpunktartig. Es geht dabei um folgende Blöcke und dabei vor allem (nicht ausschließlich) um folgende Einzelmaßnahmen:

- Kapitalmarktunion in der EU:
  - Die Marktkapitalisierung der börsennotierten Unternehmen an den beiden größten US-Börsen (New York Stock Exchange und NASDAQ) belief sich im September 2024 auf etwa 59 Billionen Dollar. Die beiden größten Börsen in der EU, Euronext mit 5,66 Billionen Dollar und Deutsche Börse AG mit 1,91 Billionen Dollar, erreichen zusammen also einen Bruchteil davon.
  - Hinzu kommt, dass die europäischen Kapitalmärkte wegen der divergierenden nationalen Ordnungsrahmen stark fragmentiert sind.

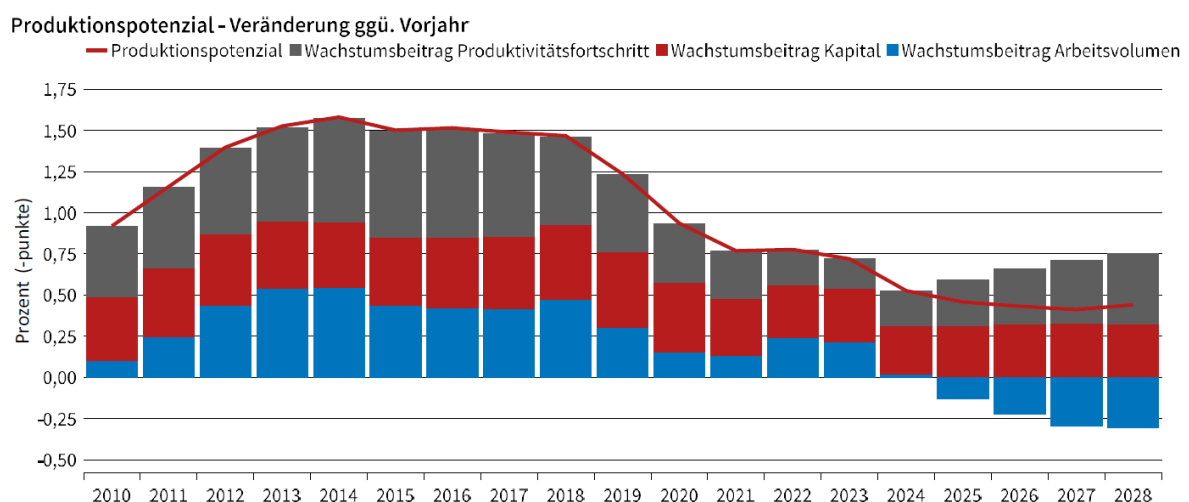
- Maßnahmen zur Angleichung der Ordnungsrahmen sind also zu priorisieren und forcieren.
- Ein EU-weites „28. Regime“ als regulatorische Innovation ist einzuführen, welches die Notwendigkeit der Angleichung der Ordnungsrahmen umgeht, weil das Unternehmen, das sich für dieses Regime entschieden hat, nunmehr „nur“ dem neuen europäischen Ordnungsrahmen unterliegt.
- **Steuersenkungen priorisieren:**
  - Nominalsteuersätze sind im internationalen Vergleich zu hoch und die Bemessungsgrundlage wird immer breiter.
  - Körperschaftsteuer mit klar kommuniziertem Stufenplan absenken.
  - Unternehmensbesteuerung insgesamt auf unter 25 % senken.
  - Solidaritätszuschlag abschaffen.
- **Überzogene und überkomplexe Steuerregeln zurückbauen:**
  - „Once-Only“-Prinzip einführen und damit Informationen nur einmal zentral übermitteln.
  - Alle Steuerbescheide standardisieren und digitalisieren.
  - Betriebsprüfungen, Rechtsbehelfsverfahren sowie Verständigungsverfahren zur Vermeidung von Doppelbesteuerung beschleunigen.
  - Melde- und Nachweispflichten vereinfachen.
  - Bestreben nach immer neuer Einzelfallgerechtigkeit und Mikromanagement im Steuersystem bremsen.
  - Bemessungsgrundlagen der Ertragssteuern angleichen.
  - Einseitige Überregulierung hinsichtlich Konzernfinanzierungen abbauen.
  - Steuerlicher Belastungen bei Fortentwicklung und Erhalt von Unternehmen abbauen.
- **Steuerliche Anreize hin zu mehr Beteiligung am Kapitalmarkt:**
  - Steuerliche Benachteiligung von Aktien und börsengehandelten Indexfonds (ETFs) gegenüber Versicherungen, Immobilien oder Gold beenden.
  - Gewinne aus Kapitalerträgen nach Ablauf einer Spekulationsfrist steuerfrei behandeln.
- **Finanzielle Bildung fördern:**
  - Fehlendes Wissen und Angst vor Risiken als Hauptgründe für mangelhafte Beteiligung am Kapitalmarkt in der Schule behandeln und bekämpfen.

- Staatliche Anlagen am Kapitalmarkt:
  - Staatlichen Rentenfonds nach norwegischem (staatliche Anlage) oder schwedischem (verbindliche private Anlage) Vorbild einführen und damit die Deckungslücke des umlagefinanzierten Systems z.T. ausgleichen sowie das Interesse an einer breiteren Beteiligung am Kapitalmarkt fördern.

### 3.4.3 Neue Innovationskultur

#### Neue Innovationskultur durch Begriffs-Blockaden-Löser

Innovationen treiben das Produktivitätswachstum, was makroökonomisch zu einer langfristigen Wohlstandsentwicklung führt (Solow 1956; Romer 1986). Insofern hängen die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland wesentlich auch von einem innovationsfreundlichen Klima ab, das wir übergreifend „Innovationskultur“ nennen wollen. Das Produktivitätswachstum hat aber, wie oben beim Faktor Arbeit statistisch aufgezeigt, in den vergangenen Jahren deutlich nachgelassen. Will die Soziale Marktwirtschaft aber weiterhin ihr Wohlstandsversprechen einlösen, ist es – angesichts der berechtigten Erwartung, dass der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens auf die Entwicklung des Produktionspotentials absehbar rückläufig sein wird – von entscheidender Bedeutung, die Produktivität durch Innovationen zu steigern (Gillmann et al. 2019). Abbildung 20 fasst die Beiträge verschiedener Faktoren zur Entwicklung des Wachstums und des Produktionspotenzials zusammen.



**Abbildung 20: Beiträge zum Produktionspotenzial in Deutschland 2010–2028**

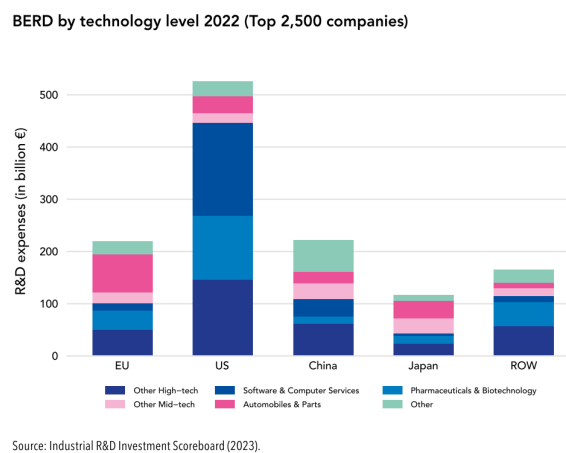
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose (2024)

Dennoch wissen wir nicht erst seit Joseph Schumpeters bahnbrechenden Beiträgen (Schumpeter 1912; Störing 2023), dass der Begriff „Innovation“ analytisch schwer greifbar ist und sich noch

schwerer quantifizieren lässt, weshalb hier einige Vorbemerkungen notwendig sind, bevor wir zur Innovationskultur übergehen.

Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) sowie Patentanmeldungen sind klassische In- bzw. Output-Indikatoren für die Messung der Innovationsleistung einer Volkswirtschaft. Deutschland ist bei den Investitionen in F&E europaweit führend und erreicht, anders als viele andere Mitgliedstaaten, das Ziel von 3 % an F&E-Investitionen vom BIP, welches in der Lissabon-Strategie der EU festgelegt wurde. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt ist es hierzulande bisher in einem stärkeren Maße gelungen, privates Kapital für F&E-Investitionen zu mobilisieren. Gleichzeitig sind diese privaten Investitionen jedoch stark auf die Automobilbranche gebündelt. Die Zusammensetzung und der Umfang der Investitionen in F&E deuten auf zweierlei hin:

- Erstens zeigt sich ein Rückstand bei den Hochtechnologien, besonders den Informations- und Kommunikationstechnologien, der für Deutschlands und die EU insgesamt symptomatisch ist. Gerade diese Technologien (z.B. Künstliche Intelligenz) versprechen die Wachstumstreiber der Zukunft zu sein, weil sie die höchsten Produktivitätsgewinne erwarten lassen. In Deutschland und in der EU dominiert allerdings die Automobilindustrie die privaten F&E-Aktivitäten und Patentanmeldungen, mit einem Anteil von etwa 34 % der Investitionen, was größtenteils wegen der deutschen Automobilbauer der Fall ist (Statista Research Department 2024b; Fuest et al. 2024; European Commission 2024, 9). Diese bisherige Stärke des Standortes Deutschland kann nun aber angesichts der tiefgreifenden Strukturkrise in der Automobilindustrie zu einer Schwäche werden. Der bisherige Rückstand bei Hochtechnologien wird in Abbildung 21 zu den jeweils 2500 führenden Unternehmen in den untersuchten Wirtschaftsräumen aufgezeigt.



**Abbildung 21: Anteile von Technologietypen an F&E-Ausgaben in ausgewählten Regionen**  
Quelle: Fuest et al. (2024)

- Zweitens zeigt sich in Deutschland und der EU eine unzureichende Gründungs- und Skalierungsdynamik. Deutschland ist zwar das F&E-Schwergewicht Europas, bringt aber kaum neue weltweit führende Unternehmen hervor. Von den 29 IT-Technologieführern im Jahr 2022 (gemessen nach F&E-Ausgaben) stammten 17 aus den USA, 5 aus China und nur 4 aus der EU, nämlich SAP, Nokia, Ericsson und ASML Holding (Coste 2024, 61). Das hat auch damit zu tun, dass die für Europa typische Finanzierungsform der Bankenfinanzierung bei der Finanzierung von Innovation häufig an ihre Grenzen und selten Anreize zu disruptiven Innovationen schafft (Morck/Yeung 2000; Hall/Soskice 2001; Zhang/Sheng/Guo 2019) Während sich die Branchenzugehörigkeit der bei F&E führenden Unternehmen in den USA während der letzten 20 Jahren deutlich verschoben haben, hat sich das Bild in Deutschland und der EU kaum verändert, wie Abbildung 22 zeigt. Deutschland leidet hier an zwei besonderen Schwächen. Erstens schneidet es nicht gut bei der Übersetzung seiner F&E-Aktivitäten in massentaugliche Produkte und Dienstleistungen ab. Zweitens droht angesichts des Rückgangs bei den Inventionen in Hochtechnologien eine „Mitteltechnologiefalle“ (Fuest et al. 2024; Draghi 2024).

	2003	2012	2022
<b>US</b>	Ford (auto) Pfizer (pharma) GM (auto)	Microsoft (software) Intel (hardware) Merck (pharma)	Alphabet (software) Meta (software) Microsoft (software)
<b>EU</b>	Mercedes-Benz (auto) Siemens (electronics) VW (auto)	VW (auto) Mercedes-Benz (auto) Bosch (auto)	VW (auto) Mercedes-Benz (auto) Bosch (auto)
<b>JPN</b>	Toyota (auto) Panasonic (electronics) Sony (electronics)	Toyota (auto) Honda (auto) Panasonic (electronics)	Toyota (auto) Honda (auto) NTT (telecom)

Source: Industrial R&D Investment Scoreboard (2004, 2013 and 2023).

### Abbildung 22: Verschiebung sektoraler Innovationsbedeutung in ausgewählten Regionen

Quelle: Coste (2024)

Zur Innovationskultur tragen auch *Politiker und Bürokraten* wesentlich bei. In Berlin und Brüssel ist mittlerweile ein technokratisches Top-Down-Verständnis von Innovation zur Regel geworden (Gross/Kolev 2024). In diesem Verständnis sind Innovationen spezifische Technologien, die dirigistisch verordnet werden, um ein kollektives, bereits bekanntes Problem zu lösen – man hat dabei „den Fortschritt“ im Singular erkannt. Selbst wenn man annimmt, dass es die Bürger homogene Präferenzen zu dieser Problemstellung haben, ist dieser Weg problematisch. Verbote und Gebote verhindern sehr häufig das Experimentieren mit Technologien entlang noch unbekannter Entwicklungspfade in den konkreten Verwendungszusammenhängen der Bürger und Unternehmen – „die Fortschritte“ im Plural, welche sich in einem ständigen Entdeckungsverfahren

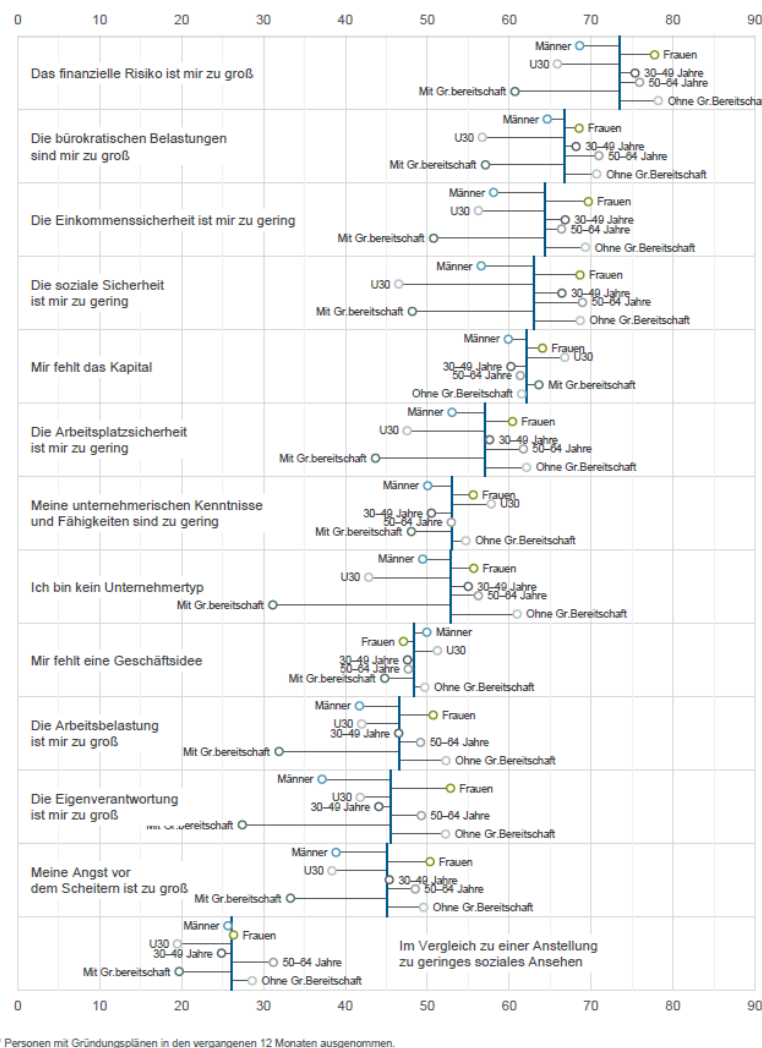
permanent neu manifestieren (Hayek 1946; 1968). Damit verhindert ein solcher Top-Down-Politikstil die Bottom-Up-Innovationen und das Lernen von lokalem Wissen, welches bei den einzelnen Bürgern und Unternehmen liegt und durch die Kommunikationssignale des Preissystems verarbeitet wird. Das Heizungsgesetz und die EU-Taxonomie stehen für genau diese Unzulänglichkeiten in Deutschland und der EU (Pennekamp/Löhr 2023; Bernau 2024).

Eine neue Innovationskultur in der Politik bedeutet, dass sich *Politiker als Ermöglicher marktlicher Innovation* verstehen und die Lenkung vor allem über das Marktdesign des Ordnungsrahmens vornehmen, wie dies z.B. beim europäischen Emissionshandelssystem ETS der Fall ist. Ermöglichende Politiker verbessern die allgemeinen Rahmenbedingungen für Innovation *für alle* („die Fortschritte“ im Plural) und nicht tun es nicht dadurch, dass sie einzelne Zweck-Mittel-Kombinationen anordnen oder verbieten (Dawson/Seater 2004; Coffey et al. 2016; Falck et al. 2024).

Neben Politikern und Bürokraten gehören *vielfältige private Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft* zur Innovationskultur. Aktuell sind die Werte, welche die Generation von Tomasz und Eric im Unterricht an deutschen Schulen vermittelt werden, sehr oft nicht solche, die einer Innovations- und Unternehmertumskultur zuträglich wären: etwa die Offenheit gegenüber Neuem (Mokyr 2017) und gegenüber Diversität (Guillén/Deckert 2021), Risikobereitschaft (Hofstede 1980; 1983; 2003; Meyer 2014), eine Neustart zulassende Fehlerkultur, eine positive Einstellung zum Unternehmertum (Turró et al. 2014) sowie eine gute ökonomische Bildung (Goldschmidt/Kron/Rehm 2024).

Gleichzeitig werden Innovationsgeist und Unternehmertum bei jungen Menschen in Zukunft noch wichtiger, denn es ist unwahrscheinlich, dass die Alterung der Bevölkerung zu einer höheren Flexibilität und Lernfähigkeit im Durchschnitt der Bevölkerung führen wird. Zwar bringt der demographische Wandel für junge Menschen große Chancen mit sich, Initiative zu ergreifen und dabei den Wohlstand von morgen etwa in stark wachsenden Branchen wie dem Gesundheits- oder Pflegesektor mit innovativen Dienstleistungen zu erwirtschaften. Untersuchungen zu den Berufswahl-Präferenzen in der Generation von Tomasz und Eric weisen aber eher darauf hin, dass junge Menschen lieber im öffentlichen Dienst oder in einem Angestelltenverhältnis arbeiten wollen (Koschik/Scheppe 2020). Diese Facette der heutigen deutschen Innovationskultur findet auch in den sinkenden Gründungszahlen ihren Niederschlag. Die in Abbildung 23 untersuchten Gründungshemmnisse enthält besondere Hinweise darauf, welche mentalen Blockaden hierzulande die Gründungskultur kennzeichnen.

Warum können Sie sich nicht vorstellen [ohne Gründungsbereitschaft] bzw. was hält Sie davon ab [mit Gründungsbereitschaft], sich selbstständig zu machen? Anteil an der Bevölkerung im Alter von 18-67 Jahren ohne Selbstständigkeitserfahrung und Gründungspläne in Prozent.

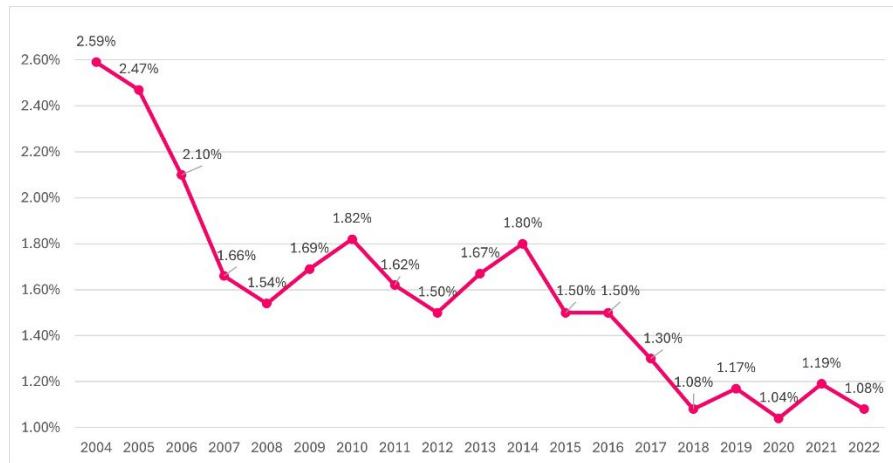


**Abbildung 23: Wahrgenommene Gründungshemmnisse nach Personengruppen**  
Quelle: KfW Research (2024)

Die etwas höhere Risikobereitschaft der Unter-30-Jährigen im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung überrascht nicht. Eine viel zitierte Metastudie aus den USA zeigt allerdings auf, dass die Risikobereitschaft dieser Kohorten vor allem in der sogenannten iGen (die zwischen 1995 und 2012 Geborenen) nicht nur in Deutschland im Vergleich zu früheren Kohorten in diesem Alter beachtlich gesunken ist (Twenge 2017).

Die Gründerquote in Deutschland ist in den letzten zwei Jahrzehnten merklich gesunken. Während ‚ein kurzfristiger Rückgang konjunktureller Natur sein könne, zeigt sich am langfristigen Trend ein grundlegendes Problem. Lag die Gründerquote (der Anteil der Gründer an der erwerbstätigen Bevölkerung) im Jahr 2004 noch bei 2,59 %, so lag sie im Jahr 2022 bei nur 1,08 %. Die Zahl der Gründungen schrumpfte in den letzten 20 Jahren von etwa 1,4 Millionen pro Jahr auf etwa 600.000.





**Abbildung 24: Anteil der Gründer an der erwerbstätigen Bevölkerung 2004–2022**

Quelle: Statista Research Department (2024b)

Wie kann eine neue Innovationskultur diesem Trend entgegenwirken? Wichtige Schritte sind vor allem ökonomische Bildung, die Betonung einer neuen Fehlerkultur des Scheiterns sowie das Reflektieren über Vorbilder und Narrative, die das Ergreifen unternehmerischer Chancen mit sozialem Ansehen verbinden. Soll damit die dringend nötige Resilienz unserer Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft steigen, weil wieder mehr Innovationen entstanden sind und die Gesellschaft davon lernt (Brunnermeier 2021; 2024), wird es in den Debatten leichter aufzuzeigen, dass im nächsten Schritt seitens der Politik noch mehr Vertrauen auf die Eigenständigkeit und Initiative von Bürgern und Unternehmen geboten ist. Gerade in polarisierten Gesellschaften kann Vertrauen als Mittel zur Reduzierung sozialer Komplexität den Tendenzen der Polarisierung und der oft empfundenen polit-ökonomischen Unordnung entgegenwirken (Luhmann 2014).

### Entfesselung der Innovationen durch Anreiz-Blockaden-Löser

Neben dieser *langfristigen* Verschiebung in den Debatten hinsichtlich der *Begriffs-Blockaden-Löser* bei Innovation, Selbständigkeit, Gründer und Fortschritt sind *kurzfristig* die Spielregeln des Ordnungsrahmens mittels *Anreiz-Blockaden-Lösern* so anzupassen, damit Innovationen in Deutschland und der EU entfesselt werden können.

Angesichts der zahlreichen möglichen Anreiz-Blockaden-Löser behandeln wir diese stichpunktartig. Es geht dabei um folgende Blöcke und dabei vor allem (nicht ausschließlich) um folgende Einzelmaßnahmen:

- Nationale und EU-Regulierungen auf innovationsfeindliche Aspekte prüfen, etwa beim „Gold-plating“ in der Übersetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht.
- Finanzierungssituation für Gründungen verbessern:

- Kapitalunion in der EU mit Nachdruck vorantreiben, welche die stark fragmentierten und vergleichsweise kleinen nationalen Kapitalmärkte zunehmend integriert.
- EU-weites „28. Regime“ einführen, welches die leichte Gründung und Finanzierung sowie das relativ unbürokratische Wirtschaften in allen EU-Mitgliedstaaten ermöglicht.
- Rentenreform hin zu kapitalgedeckten Renten einführen, was die für Innovation zur Verfügung stehenden Mittel des Kapitalmarktes wesentlich erhöht.
- Strukturen und Institutionen der Innovationslandschaft umgestalten:
  - Übertragung von Best Practices bei Gründerzentren und Inkubatoren (wie etwa UnternehmerTUM gGmbH in München) an anderen Standorten prüfen.
  - Übertragung geistigen Eigentums in Form von Patentverkäufen oder Lizenzverträgen von den wissenschaftlichen Einrichtungen an die Gründer zu vereinfachen.
  - Wissenschaftliche Einrichtungen stärker am Erfolg der von ihnen begleiteten Ausgründungen messen und nicht nur an Patenterlösen oder Lizenzeinnahmen.
  - Die Regulierung von Restrukturierungskosten bei jungen Unternehmen (etwa Kündigungsschutz- und Probezeitenregelungen) überprüfen und ggf. lockern.
- Digitale Regulierung ständig neu evaluieren:
  - Bessere Grundlagen für das Teilen anonymisierter Daten schaffen.
  - Reallabore und regulatorische Sandboxes für digitale Dienstleistungen einführen.
  - Vereinfachte Compliance-Rahmenbedingungen für Start-Ups, KMUs und datenintensive Sektoren in Bezug auf die DSGVO ermöglichen.

#### 4 Fazit

Der Standort Deutschland hat aufgrund tiefgreifender struktureller Probleme international an Wettbewerbsfähigkeit und damit an Attraktivität verloren. Aufgezeigt wurde dieser Befund bereits aus unterschiedlichsten Perspektiven, allen voran mit Blick auf die Ansiedlung und Verbleib von Unternehmen in Deutschland. Die vorliegende Studie verschob diesen Fokus nun auf eine neue, unter ordnungsökonomischen Gesichtspunkten allerdings ebenso wichtige Dimension: die Attraktivität des Standort Deutschland für die junge Generation der 18- bis 25-Jährigen. Es geht in diesem Narrativ um die potenziellen Leistungsträger für die Wirtschaft und Gesellschaft der Zukunft hierzulande.

Dabei kommt die Studie zu einer harten Diagnose: Deutschland läuft zurzeit Gefahr, seine Leistungsträger zu verlieren – ob ins Ausland (physische Emigration) oder in die Abkehr von der gelebten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (innere Emigration). Das in einer Umfrage durch die INSA-CONSULERE GmbH erhobene Stimmungsbild sowie verschiedene weitere Befunde zeigen in diesem Zusammenhang die Resignation der jungen Generation und geben Anlass zur Sorge. So sind unter den 1000 befragten 18- bis 25-Jährigen nur noch 49 % davon überzeugt, es in Deutschland durch Fleiß und harte Arbeit einmal besser haben zu können als ihre Elterngeneration, während hingegen eine Mehrheit schon einmal für sich in Erwägung gezogen hat, Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen zu verlassen.

Klar ist: Die Emigration von gut ausgebildeten, leistungswilligen jungen Menschen ins Ausland verschärft den ohnehin bestehenden Fachkräftemangel, den demographischer Wandel, die Innovationsschwäche, die Herausforderungen der digitalen und ökologischen Transformation massiv und bedroht damit den gesellschaftlichen Wohlstand nachhaltig. Doch auch denen, die nicht das Land verlassen (oder verlassen können), setzt der Vertrauensverlust zu, was im Extremfall zu einem Rückzug aus der Teilhabe und einer Abkehr von der Ordnung führt und neben dem Wohlstand auch unmittelbar die gesellschaftliche, politische sowie intergenerationale Kohäsion und den sozialen Frieden gefährdet.

Die daraus abgeleitete zentrale Hypothese der Studie lautete: Entscheidungen guter Wirtschaftspolitik im Sinne des nachhaltigen Wohlstands ordnen die langfristigen Rahmenbedingungen so, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Emigration in der jungen Generation sinkt. In der diagnostischen Analyse arbeitete die Studie anhand zweier hypothetischer Fallbeispiele, der 25-jährigen Tomasz und Eric. Ihre wirtschaftliche Lebenswirklichkeit als fiktive Vertreter einer sich benachteiligt fühlenden Generation bildete den Untersuchungsgegenstand.

Die Studie sah die Attraktivität des Standortes und das Ordnungsvertrauen junger Menschen maßgeblich als von zwei Faktorbündeln beeinflusst: (1) dem Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates sowie (2) der langfristigen Dynamik der Wirtschaft. Beim Fokus auf diese beiden therapeutischen Felder unterschieden wir zwei Ebenen der nötigen Veränderungen: die kurzfristige, welche mit exogenen/extrinsischen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik („Anreiz-Blockaden-Löser“) hantiert, sowie die langfristige, welche durch endogen/intrinsische Maßnahmen („Begriffs-Blockaden-Löser“) einen kulturellen Wandel vor allem in den gesellschaftlichen Debatten über die Qualität des Staates sowie über die Arbeits-, Kapitalmarkt- und Innovationskultur Deutschlands anstoßen will.

Die Kombination aus der gestellten harten Diagnose und der daraufhin verordneten „nicht-naiv“ optimistischen Therapie lässt ein zuversichtliches Fazit zu. Die Analyse bestätigt die am Anfang der Studie geäußerten Hypothese, dass kein Erkenntnisproblem darüber besteht, wie sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes zurückerlangen lässt. Das beharrliche Vermittlungsproblem wiederum, die Bürger von der ordnungspolitischen Therapie der Standortschwächen im Sinne der „Ruck-Rede“ von Bundespräsident Roman Herzog zu überzeugen, hoffen wir mit dem Narrativ über die angewandte Nachhaltigkeit aus der Sicht der jungen Generation ein Stück weit gelöst zu haben. Helmut Kohl wollte bekanntlich Wahlen und nicht den Ludwig-Erhard-Preis gewinnen. Wenn sich aber einige Bürger unserem „Wohlstand für Junge“-Narrativ anschließen und damit die Notwendigkeit eines ordnungspolitischen Neustarts des Landes verstehen, lässt sich die bevorstehende Bundestagswahl vielleicht gerade durch die Inhalte gewinnen, die hinter dem Ludwig-Erhard-Preis stehen.

## Literaturverzeichnis

- Albert, Hans (1965): „Wertfreiheit als methodisches Prinzip.“ In *Logik der Sozialwissenschaften*, herausgegeben von Ernst Topitsch, S. 181–210. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Bernau, Patrick (2024): „Habeck hätte viel mehr tun müssen.“ *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (28.12.2024): <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/robert-habeck-als-wirtschaftsminister-erhaette-viel-mehr-tun-muessen-110197414.html>
- Blümle, Gerold / Goldschmidt, Nils / Klump, Rainer / Schauenberg, Bernd / von Senger, Harro (Hrsg.) (2004): *Perspektiven einer kulturellen Ökonomik*. Münster: LIT.
- Braunberger, Gerald (2024): „Deutschland steckt in der Wachstumsschwäche fest.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (30.07.2024): <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/wirtschaft-in-deutschland-erschreckend-geringes-wachstumspotential-19888435.html>
- Brunnermeier, Markus K. (2021): *Die resiliente Gesellschaft: Wie wir künftige Krisen besser meistern können*. Berlin: Aufbau Verlag.
- Brunnermeier, Markus K. (2024): „Resilienz für alle: Wie die deutsche Wirtschaftswende trotz allen geoökonomischen Risiken gelingen kann.“ LEF Policy Papers 1, Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft: [https://www.ludwig-erhard-forum.de/wp-content/uploads/2024/12/LEF-Policy-Paper\\_1\\_24\\_Brunnermeier\\_Resilienz-fuer-alle.pdf](https://www.ludwig-erhard-forum.de/wp-content/uploads/2024/12/LEF-Policy-Paper_1_24_Brunnermeier_Resilienz-fuer-alle.pdf)
- Bub, Nina (2025): „Die Arbeitslosigkeit verfestigt sich.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (03.01.2025): <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arbeitsmarkt-in-winterpause-wieso-arbeitslosigkeit-sich-verfestigt-110210106.html>
- Bundesministerium der Finanzen (2023): „Finanzpolitik in der Zeitenwende – Wachstum stärken, inflationäre Impulse vermeiden.“ Finanzpolitische Strategie des BMF – Aktualisierung 2023: [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche-Finanzen/finanzpolitik-in-der-zeitenwende.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche-Finanzen/finanzpolitik-in-der-zeitenwende.pdf?__blob=publicationFile&v=4)
- Burn-Murdoch, John (2024): „A New Global Gender Divide Is Emerging.“ *Financial Times* (27.01.2024): <https://www.ft.com/content/29fd9b5c-2f35-41bf-9d4c-994db4e12998>
- Coffey, Bentley / McLaughlin, Patrick A. / Paretto, Pietro (2016): „The Cumulative Cost of Regulations in the United States: A Quantitative Analysis.“ Mercatus Center at George Mason University Working Paper: <https://www.mercatus.org/research/working-papers/cumulative-cost-regulations>
- Coste, Oliver (2024): *Europe, Tech and War*. New York: Alpet.
- Creutzburg, Dietrich (2025): „Richtungsentscheidung für den Arbeitsmarkt.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (04.01.2025).
- Dawson, John W. / Seater, John J. (2004): „Regulation and the Macroeconomy.“ Appalachian State University, Department of Economics Working Papers 02-07: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=495682](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=495682)
- de Dominicis, Laura / Dijkstra, Lewis / Pontarollo, Nicola (2022): „Why Are Cities Less Opposed to European Integration than Rural Areas? Factors Affecting the Eurosceptic Vote by Degree of Urbanization.“ *Cities* 130: 103937.

Deckers, Daniel (2024): „Maximal volatil, maximal mobilisiert.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (02.09.2024): <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/maximal-volatil-analyse-der-wahlen-in-sachsen-und-thueringen-19958442.html>

Destatis (2024a): „Nettozuwanderung 2023 mit 663 000 Personen deutlich gesunken.“ (27.06.2024): [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/06/PD24\\_247\\_12411.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/06/PD24_247_12411.html)

Destatis (2024b): „Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland von 1950 bis 2023.“ (27.06.2024): [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/wanderungen-zwischen-deutschland-und-dem-ausland\\_Jahr-02.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/wanderungen-zwischen-deutschland-und-dem-ausland_Jahr-02.html)

Destatis (2024c): „Wanderungssaldo zwischen Deutschland und den übrigen EU-Staaten.“ (27.06.2024): [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/\\_Grafik/\\_Interaktiv/wanderungen-wanderungssaldo-de-eu-small-multiples.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/_Grafik/_Interaktiv/wanderungen-wanderungssaldo-de-eu-small-multiples.html)

Deutsche Bundesbank (2024): „Internationale Verflechtung Deutschlands über Direktinvestitionen: aktuelle Entwicklungen.“ Monatsbericht Oktober 2024: <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-oktober-2024-935528?article=internationale-verflechtung-deutschlands-ueber-direktinvestitionen-aktuelle-entwicklungen-941662>

Directorate-General for Research and Innovation (2023): „From Brain Drain to Brain Circulation. The PSF Supports National Policy-Makers in Designing Major R&I Reforms.“ PSF Insights: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/9e39b4bd-843c-11ee-99ba-01aa75ed71a1/language-en>

Döbele, Christoph / Engels, Jan Niklas / Heinrich, Roberto / Loew, Nicole / Schläger, Catrina / Simon, Anja Mirjam / Vitt, Anne-Kathrin (2023): „Krisenerwachsen: Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?“ FES diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20355.pdf>

Draghi, Mario (2024): „The Future of European Competitiveness.“: [https://commission.europa.eu/topics/strengthening-european-competitiveness/eu-competitiveness-looking-ahead\\_en](https://commission.europa.eu/topics/strengthening-european-competitiveness/eu-competitiveness-looking-ahead_en)

Erhard, Ludwig (1957): *Wohlstand für Alle*. Düsseldorf: Econ-Verlag.

Erhard, Ludwig (1963): „Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963.“ In *Das Wort hat der Herr Bundeskanzler: Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder*, herausgegeben von Karl-Rudolf Korte, S. 299–331. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Eucken, Walter (1952): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

European Commission (2023): „The 2023 EU Industrial R&D Investment Scoreboard.“: <https://iri.jrc.ec.europa.eu/scoreboard/2023-eu-industrial-rd-investment-scoreboard>

Falck, Oliver / Mo Guo, Yuchen / Pfafflet, Christian (2024): „Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand.“ *ifo Schnelldienst* 77 (11): 3–11.

Falter, Jürgen (1994): *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*. München: C.H.Beck.

Fratzscher, Marcel (2024): „Warum sich Deutschland nicht verändern will.“ Blog Marcel Fratzscher, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (06.12.2024): [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.929159.de/nachrichten/warum\\_sich\\_deutschland\\_nicht\\_veraendern\\_will.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.929159.de/nachrichten/warum_sich_deutschland_nicht_veraendern_will.html)

Fücks, Ralf (2013): *Intelligent wachsen: Die grüne Revolution*. München: Carl Hanser Verlag.

Fuest, Clemens (2024): „Wege aus der Stagnation – (wie) kann die Wirtschaftspolitik bessere Rahmenbedingungen schaffen?“ *ifo Schnelldienst* 77 (6): 3–6.

Fuest, Clemens / Gros, Daniel / Mengel, Philipp-Leo / Presidente, Giorgio / Tirole, Jean (2024): „EU Innovation Policy. How to Escape the Middle Technology Trap.“: <https://www.econpol.eu/sites/default/files/2024-04/Report%20EU%20Innovation%20Policy.pdf>

Geis-Thöne, Wido (2018): „Abwanderung und Verbleibabsichten von Zuwanderern.“ *IW Trends* 4-2018: [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/IW-Trends/PDF/2018/IW-Trends\\_2018-04-01\\_Zuwanderer.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Trends/PDF/2018/IW-Trends_2018-04-01_Zuwanderer.pdf)

Gemeinschaftsdiagnose (2024): Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024: Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2024/10/GD24H\\_final.pdf](https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2024/10/GD24H_final.pdf)

Gillmann, Niels / Lehmann, Robert / Nauerth, Jannik A. / Ragnitz, Joachim / Sonnenburg, Julia / Weber, Michael (2019): „Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer: Endbericht zum Forschungsauftrag der Bertelsmann Stiftung.“ *ifo Forschungsberichte* 106/2019, ifo Institut Dresden. [https://www.ifo.de/DocDL/ifo\\_Dresden\\_Studie\\_84.pdf](https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Dresden_Studie_84.pdf)

Goldschmidt, Nils / Kolev, Stefan (2023): *75 Jahre Soziale Marktwirtschaft in 7,5 Kapiteln*. Freiburg: Herder.

Goldschmidt, Nils / Kron, Romina / Rehm, Marco (2024): „Marktwirtschaft und Unternehmertum in Schulbüchern. Eine Analyse der ökonomischen Inhalte in deutschen Schulbüchern im Auftrag von DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V. und von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.“: [https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/bildungspolitik/2024\\_Schulbuchstudie/240228\\_FamU\\_JungU\\_Schulbuchstudie\\_WEB\\_DS.pdf](https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/bildungspolitik/2024_Schulbuchstudie/240228_FamU_JungU_Schulbuchstudie_WEB_DS.pdf)

Goldschmidt, Nils / Wolf, Stephan (2021): *Gekippt: Was wir tun können, wenn Systeme außer Kontrolle geraten*. Freiburg: Herder.

Grömling, Michael / Wiechers, Ralph / Wortmann, Olaf (2024): „Bedeutung von Standortfaktoren und Megatrends für die Investitionen in Deutschland.“ *IW-Report* Nr. 10: [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report\\_2024-Standortfaktoren-Investitionen.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-Standortfaktoren-Investitionen.pdf)

Gross, Friedhelm / Kolev, Stefan (2024): „Innovationskultur und Innovationsordner: Erste theoretische Bausteine hin zu einem ordoliberalen Innovationsframework.“ *LEF Papers on Economy and Society* 2: <https://www.ludwig-erhard-forum.de/wp->

content/uploads/2024/06/LEF-Papers\_2-24\_GrossKolev\_Innovationskultur-und-Innovationsordner.pdf

Hall, Peter / Soskice, David (2001): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.

Hagist, Christian (2024). „Konsequenzen des „Klima-Urteils“ für die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland – Eine staatswissenschaftliche Analyse.“ Kurzexpertise für DIE JUNGEN UNTERNEHMER von DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.: [https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/junge-unternehmer/publikationen/studien/konsequenz\\_klima\\_urteil\\_hagist\\_studie.pdf](https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/junge-unternehmer/publikationen/studien/konsequenz_klima_urteil_hagist_studie.pdf)

Hayek, Friedrich A. (1946): „The Meaning of Competition.“ In *Individualism and Economic Order*, S. 92–106. Chicago: University of Chicago.

Hayek, Friedrich A. (1968): „Competition as a Discovery Procedure.“ In *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*, S. 179–190. London: Routledge.

Henkel, Luca / Zimpelmann, Christian (2023): „Proud to Not Own Stocks: How Identity Shapes Financial Decisions.“ IZA Discussion Paper No. 16246: <https://docs.iza.org/dp16246.pdf>

Hinrichs, Ulrike (2024): „Venture Capital – Kapital für Innovationen und Wachstum in der Industrie 4.0.“ In *Vermögensbildungspolitik*, herausgegeben von Hans-Jörg Naumer, S. 279–288. Wiesbaden: Springer Gabler.

Höltzsch, René (2023): „Deutsche-Bank-Chef Sewing fordert mehr Arbeitseinsatz. Die Demografie gibt ihm Recht – sie liefert aber auch Gründe für die Vier-Tage-Woche.“ *Neue Zürcher Zeitung* (07.09.2023): <https://www.nzz.ch/wirtschaft/vier-tage-woche-versus-haerter-arbeiten-deutscher-arbeitskampf-ld.1754785>

Hofstede, Geert (1980): „Culture and Organizations.“ *International Studies of Management & Organization* 10 (4): 15–41.

Hofstede, Geert (1983): „National Cultures in Four Dimensions: A Research-Based Theory of Cultural Differences among Nations.“ *International Studies of Management & Organization* 13 (1-2): 46–74.

Hofstede, Geert (2003): „Culture’s Consequences: Comparing Values, Behaviors, Institutions, and Organizations across Nations.“ *Behaviour Research and Therapy* 41 (7): 861–862.

Hünnekes, Franziska / Schularick, Moritz / Trebesch, Christoph (2019): „Exportweltmeister: The Low Returns on Germany’s Capital Exports.“ Kiel Institute for the World Economy, Kiel Working Paper No. 2133: [https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/b0d49186-2792-44b0-a586-7d8c45905a43-KWP\\_2133\\_First-Version.pdf](https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/b0d49186-2792-44b0-a586-7d8c45905a43-KWP_2133_First-Version.pdf)

Humboldt, Wilhelm Freiherr von (1979): *Werke in fünf Bänden. Band III: Schriften zur Sprachphilosophie*. Stuttgart: Cotta Verlag.

James, Harold (2022): *Schockmomente: Eine Weltgeschichte von Inflation und Globalisierung 1850 bis heute*. Freiburg: Herder.



- Janson, Matthias (2023): „Macht Geld glücklich?“ Statista Daily Data (13.04.2024): <https://de.statista.com/infografik/29704/laender-nach-punkten-beim-world-happiness-index-und-bip-pro-kopf/>
- Janson, Matthias (2024): „Wie ist die politische Einstellung von Jung und Alt?“ Statista Daily Data (17.10.2024): <https://de.statista.com/infografik/32458/anteil-der-befragten-nach-ihrer-politischen-einstellung/>
- Kassenböhrer, Sonja C. / Schmidt, Christoph M. (2011): „Beyond GDP and Back: What is the Value-added by Additional Components of Welfare Measurement?“ Ruhr Economic Working Papers, No. 239: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/45308/1/655983368.pdf>
- KfW Research (2021): „5 Bio. EUR klimafreundlich investieren – eine leistbare Herausforderung.“ KfW Research, Fokus Volkswirtschaft Nr. 350: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2021/Fokus-Nr.-350-Oktober-2021-Investitionsbedarfe-Klimaneutralitaet.pdf>
- KfW Research (2024): „Wunsch nach Selbstständigkeit verharrt auf niedrigem Niveau; Sicherheitsbedürfnis sticht Gründungsgeist aus.“ KfW Research Volkswirtschaft im Fokus Nr. 449: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2024/Fokus-Nr.-449-Januar-2024-Gruendungsbereitschaft.pdf>
- Kirchhof, Gregor (2021). „Intertemporale Freiheitssicherung: Zu den Folgen der Klimaschutzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts für die Sozialversicherungen und die Staatsverschuldung.“ Gutachten im Auftrag von DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V.: [https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/haushalt/dateien/famu\\_intertemporale\\_freiheitssicherung.pdf](https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/haushalt/dateien/famu_intertemporale_freiheitssicherung.pdf)
- Klieneberger, Hans Rudolf (1965): „The ‘Innere Emigration’: A Disputed Issue in Twentieth-Century German Literature.“ *University of Wisconsin Monatshefte* 57 (4): 171–180.
- Koch, Roland (2024): „Die Ethik der Arbeit: Eine vergessene Dimension.“ Kommentar „Erhard heute“ (23.02.2024): <https://www.ludwig-erhard.de/die-ethik-der-arbeit-eine-vergessene-dimension/?print=print>
- Köcher, Renate (2023): „Das Vertrauen ist dahin.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (21.09.2023): <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wenig-vertrauen-in-die-ampel-koalition-laut-allensbach-umfrage-19187616.html>
- Kolev, Stefan (2017): *Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich*. Berlin: De Gruyter.
- Kolev, Stefan (2021): „Nachhaltigkeit und ein stabiler Haushalt? So geht’s!“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (30.09.2021): <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-sich-nachhaltigkeit-und-ein-stabiler-staatshaushalt-vereinen-lassen-17550749.html>
- Kolev, Stefan (2024): „Governing Dynamics and Superfragility: Liberal Political Economists as Order Guardians.“ LEF Papers on Economy and Society 1: [https://www.ludwig-erhard-forum.de/wp-content/uploads/2024/04/LEF-Papers\\_1-24\\_Kolev\\_Governing-Dynamics-and-Superfragility.pdf](https://www.ludwig-erhard-forum.de/wp-content/uploads/2024/04/LEF-Papers_1-24_Kolev_Governing-Dynamics-and-Superfragility.pdf)
- Koschik, Anne / Scheppe, Michael (2020): „Amt statt Autoindustrie – Warum die meisten Nachwuchstalente für den Staat arbeiten wollen.“ *Handelsblatt* (12.12.2020):

<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/traumjob-beamter-amt-statt-autoindustrie-warum-die-meisten-nachwuchstalente-fuer-den-staat-arbeiten-wollen-/26683194.html>

Krastev, Ivan (2022): „Democracy, Demography and the East-West Divide in Europe.“ Groupe d'études géopolitiques (17.01.2022): <https://geopolitique.eu/en/2022/01/17/democracy-demography-and-the-east-west-divide-in-europe/>

Kroll, Frank-Lothar / Voss, Rüdiger von (Hrsg.) (2012): *Schriftsteller und Widerstand: Facetten und Probleme der „inneren Migration“*. Göttingen: Wallstein.

Langsæther, Peter Egge / Knutsen, Carl Henrik (2024): „Are Women More Progressive than Men? Attitudinal Gender Gaps in West European Democracies.“ *International Political Science Review*, im Erscheinen: <https://doi.org/10.1177/01925121241280069>

Pennekamp, Johannes / Löhr, Julia (2023): „Das käme einer kalten Enteignung gleich.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (10.07.2023): <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/heizungsgesetz-und-sanierungspflicht-das-kaeme-einer-kalten-enteignung-gleich-19021455.html>

Luhmann, Niklas (2014): *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Konstanz: utb.

Marques, Nicholas (2023): „Le manque-à-gagner lié au sous-développement de l'épargne retraite.“ Institut économique Molinari, Décembre 2023: <https://www.institutmolinari.org/wp-content/uploads/2023/11/etude-epargne-retraite-2023.pdf>

Marx, Karl (1868): „Karl Marx an Louis Kugelmann in Hannover. London, Samstag, 11. Juli 1868.“ In *Marx-Engels-Gesamtausgabe digital*. Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften: <http://megadigital.bbaw.de/briefe/detail.xql?id=M0000679>.

McCloskey, Deirdre N. (1985): *The Rhetoric of Economics*. Wisconsin: University of Wisconsin Press.

Meyer, Erin (2014): *The Culture Map: Breaking through the Invisible Boundaries of Global Business*. New York: Public Affairs.

Mokyr, Joel (2017): *A Culture of Growth*. Princeton: Princeton University Press.

Morck, Randall / Yeung, Bernard (2000): „The Economic Determinants of Innovation.“ Industry Canada Occasional Series 25: <https://publications.gc.ca/site/eng/9.533980/publication.html>

Müller-Armack, Alfred (1947): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. Hamburg: Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik.

Müller-Armack, Alfred (1950): „Soziale Irenik.“ *Weltwirtschaftliches Archiv* 64: 181–203.

Muravini, Mash / Sarri, Ismini / Papadongonas, Panos / Lampert, Marijn (2024): „The Next Generation in Germany. Perspectives on Building of Sustainable Future.“ Bertelsmann Stiftung: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/the-next-generation-in-germany>

Nagel, Joachim (2021): „Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft – volkswirtschaftliche Kosten, Chancen für die Kreditwirtschaft und geldpolitische Implikationen. Rede bei den Münsteraner Bankentagen.“ <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/transformation-zu->

einer-klimaneutralen-wirtschaft-volkswirtschaftliche-kosten-chancen-fuer-die-kreditwirtschaft-und-geldpolitische-implikationen-931000

Naumer, Hans-Jörg (Hrsg.) (2024): *Vermögensbildungspolitik*. Wiesbaden: Springer Gabler.

North, Douglass C. / John Joseph Wallis / Barry R. Weingast (2009): *Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*. Cambridge: Cambridge University Press.

Nyssen Guillén, Viola Isabel / Deckert, Carsten (2021): „Cultural Influence on Innovativeness - Links between ‘The Culture Map’ and the ‘Global Innovation Index’.“ *International Journal of Corporate Social Responsibility* 6 (7): <https://jcsr.springeropen.com/articles/10.1186/s40991-021-00061-x>

OECD (2024): „Hours Worked: Hours Worked is the Total Number of Hours Actually Worked per Year Divided by the Average Number of People in Employment per Year.“: <https://www.oecd.org/en/data/indicators/hours-worked.html?oecdcontrol-d7f68dbee-var3=2023>

Olk, Julian (2023): „So würden Top-Ökonomen Deutschlands Wirtschaft retten.“ *Handelsblatt* (04.08.2024): <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/konjunktur-so-wuerden-top-oekonomen-deutschlands-wirtschaft-retten/29295214.html>

Petersen, Thomas (2024): „Ost und West sind sich ähnlicher als gedacht.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (22.08.2024): <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-ost-und-west-sind-sich-aehnlicher-als-gedacht-19933256.html>

Reinhardt, Darius / Friedrich, Hannah / Mullis, Daniel (2022): „Fragiles Vertrauen - Zwischen sozialen Bewegungen und Politikverdrossenheit: Jugend und Demokratie in Zeiten der Corona-Krise.“ PRIF Reports 5: [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/80007/ssoar-2022-reinhardt\\_et\\_al-Fragiles\\_Vertrauen\\_-\\_Zwischen\\_sozialen.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/80007/ssoar-2022-reinhardt_et_al-Fragiles_Vertrauen_-_Zwischen_sozialen.pdf?sequence=1&isAllowed=y)

Romer, Paul M. (1986): „Increasing Returns and Long-Run Growth.“ *Journal of Political Economy* 94 (5): 1002–1037.

Rusche, Christian (2023): „Deindustrialisierung – Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen.“ IW-Kurzbericht 43/2023: [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2023/IW-Kurzbericht\\_2023-Deindustrialisierung-Direktinvestitionen.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2023/IW-Kurzbericht_2023-Deindustrialisierung-Direktinvestitionen.pdf)

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (2023): „Jahresgutachten 2023/2024. Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren.“: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2023.html>

Sarasin, Philipp (2007). „Unternehmer seiner selbst.“ *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 55 (3): 473–479.

Schirmer, Sophia (2021): „Alle leiden. Punkt.“ *DER SPIEGEL* (09.03.2021): <https://www.spiegel.de/start/studierende-in-der-corona-pandemie-alle-leiden-a-c601ac57-e5ca-4a88-908b-b8327a80319b>

Schnetzer, Simon / Hampel, Kilian / Hurrelmann, Klaus (2024): „Trendstudie Jugend in Deutschland.“ <https://simon-schnetzer.com/trendstudie-jugend-in-deutschland-2024/>

Schularick, Moritz (2021): *Der entzauberte Staat: Was Deutschland aus der Pandemie lernen muss.* München: C.H.Beck.

Schumpeter, Joseph A. (1912): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung.* Leipzig: Duncker & Humblot.

Shiller, Robert J. (2019): *Narrative Economics: How Stories Go Viral and Drive Major Economic Events.* Princeton: Princeton University Press.

Smith, Adam (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations.* London: W. Strahan and T. Cadell.

Solow, Robert M. (1956): „A Contribution to the Theory of Economic Growth.“ *Quarterly Journal of Economics* 70 (1): 65–94.

Statista (2024): „Armutgefährdungsquote von Senioren in Deutschland von 2005 bis 2023.“ (21.11.2024):

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/785537/umfrage/armutsgefahrdungsquote-von-senioren-in-deutschland/>

Statista Research Department (2024a): „Index der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in Deutschland von 1991 bis 2023.“ (06.09.2024):

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/974210/umfrage/produktivitaet-je-erwerbstaetigen-in-deutschland/>

Statista Research Department (2024b): „Gründerquote in Deutschland bis 2022.“ (02.01.2024):

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183866/umfrage/entwicklung-der-gruendungsquoten-in-deutschland/>

Stappel, Michael (2024): „Weltpartag 2024: Was bringen mehr Aktien für den Geldvermögensaufbau?“ Konjunktur DZ Bank:

<https://dzresearchblog.dzbank.de/content/dzresearch/de/2024/10/28/weltpartag-2024--was-bringen-mehr-aktien-fuer-den-geldvermoegen.html>

Störing, Matthias (2023): „Gustav Schmoller and the Institutional Context of Entrepreneurship.“ *History of Political Economy* 55 (2): 317–351.

Turró, Andreu / Urbano, David / Peris-Ortiz, Marta (2014): „Culture and Innovation: The Moderating Effect of Cultural Values on Corporate Entrepreneurship.“ *Technological Forecasting and Social Change* 88: 360–369.

Twenge, Jean (2018): *iGen: Why Today's Super-Connected Kids Are Growing Up Less Rebellious, More Tolerant, Less Happy – and Completely Unprepared for Adulthood and What That Means for the Rest of Us.* New York: Atria.

Vanberg, Viktor J. (1997): „Die normativen Grundlagen der Ordnungspolitik.“ *ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 48: 707–726.

Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages (2024). „Stellungnahmen aus der Anhörung zur Zukunft der Automobilindustrie vom 13. November 2024.“ Deutscher Bundestag:

[https://www.bundestag.de/ausschuesse/a09\\_wirtschaft/Anhoerungen/1025288-1025288](https://www.bundestag.de/ausschuesse/a09_wirtschaft/Anhoerungen/1025288-1025288)

Wittgenstein, Ludwig (2003): *Philosophische Untersuchungen.* Frankfurt: Bibliothek Suhrkamp.

Zhang, Ling / Sheng, Zhang / Guo, Yingyuan (2019): „The Effects of Equity Financing and Debt Financing on Technological Innovation: Evidence from Developed Countries.“ *Baltic Journal of Management* 14 (4): 698–715.

Zweynert, Joachim (2009): „Interests versus Culture in the Theory of Institutional Change?“ *Journal of Institutional Economics* 5 (3): 339–360.